19.08.1997

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1998 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1998 und zur Änderung anderer Vorschriften

A Problem

Nach Artikel 79 der Landesverfassung für das Land Nordrhein-Westfalen ist das Land verpflichtet, im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten.

Im Artikel 106 Absatz 7 GG ist festgelegt, daß von dem Länderanteil am Gesamtaufkommen der Gemeinschaftssteuern den Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt ein von der Landesgesetzgebung zu bestimmender Hundertsatz zufließt.

Gemeinschaftssteuern sind nach Artikel 106 Absatz 3 GG das Aufkommen der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer, soweit das Aufkommen den Gemeinden nicht unmittelbar zugewiesen wird.

Durch die Zahllasten des Landes am Fonds "Deutsche Einheit" und durch die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs seit 1995 entstehen dem Land einigungsbedingte Belastungen. Die Gemeinden sind hieran im Verhältnis ihrer Finanzkraft zur Finanzkraft des Landes zu beteiligen.

Die interkommunale Verteilung der Lasten erfolgt ebenfalls im Verhältnis der Finanzkraft der Gemeinden untereinander.

Die Regelungen zur Umlagefestsetzung sind bislang im jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetz enthalten, obwohl sie aus systematischen und sachlichen Gründen den Kommunalverfassungsgesetzen zuzuordnen sind.

Zudem bedürfen die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung in den Fällen, in denen Gemeinden zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sind, zur Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung einer Modifikation.

Datum des Originals: 02.07.1997/Ausgegeben: 20.08.1997

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

B Lösung

Erlaß des Gemeindefinanzierungsgesetzes,
Erlaß des Solidarbeitragsgesetzes,
Änderung der Gemeindeordnung,
Änderung der Kreisordnung,
Änderung der Landschaftsverbandsordnung,
Änderung des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet

C Alternativen

Keine.

D Kosten

Aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 wird der Landeshaushalt im Haushaltsjahr 1998 voraussichtlich mit 22 276 900 000 DM belastet; davon mit Mitteln des allgemeinen Steuerverbundes in Höhe von 12 927 600 000 DM.

E Zuständigkeit

Innenministerium (federführend) und Finanzministerium; beteiligt sind das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und das Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport.

F Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung

Die aufgrund des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1998 bereitgestellten Zuweisungen des Landes ergänzen die eigenen Einnahmen der Gemeinden (GV), die sie zur Finanzierung ihrer eigenen und der ihnen übertragenen Aufgaben benötigen.

Dabei sind die Gesamtzuweisungen unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes und in Abwägung der Aufgabenerfüllung des Landes einerseits und der Kommunen andererseits so bemessen worden, daß der kommunale Anspruch auf eine finanzielle Mindestausstattung im Haushaltsjahr 1998 erfüllt ist.

Das Solidarbeitragsgesetz 1998 gewährleistet eine gerechte Verteilung der einigungsbedingten Finanzlasten auf der kommunalen Ebene.

Mit den neuen Regelungen für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden mit Haushaltssicherungskonzept soll deren dauernde Leistungsfähigkeit sichergestellt werden. Die übrigen Änderungen der Kommunalverfassungsgesetze wurden inhaltsgleich aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz übernommen.

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1998 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1998 und zur Änderung anderer Vorschriften

Artikel I

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1998
(Gemeindefinanzierungsgesetz
- GFG 1998)**

Inhalt

- § 1 Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
- § 2 Allgemeiner Steuerverbund
- § 3 Aufteilung des Verbundbetrages
- § 4 Zuweisungen außerhalb des allgemeinen Steuerverbundes
- § 5 Grundsätze für die Schlüsselzuweisungen
- § 6 Aufteilung der Schlüsselmasse
- § 7 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden
- § 8 Ermittlung der Ausgangsmeßzahl für die Gemeinden
- § 9 Ermittlung der Steuerkraftmeßzahl für die Gemeinden
- § 10 Anpassungshilfen bei Strukturveränderungen im gemeindlichen Schlüsselzuweisungssystem
- § 11 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Kreise
- § 12 Ermittlung der Ausgangsmeßzahl für die Kreise
- § 13 Ermittlung der Umlagekraftmeßzahl für die Kreise

- § 14 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Landschaftsverbände
- § 15 Ermittlung der Ausgangsmeßzahl für die Landschaftsverbände
- § 16 Ermittlung der Umlagekraftmeßzahl für die Landschaftsverbände
- § 17 Pauschale Förderung investiver Maßnahmen von Gemeinden und Kreisen
- § 18 Strukturfonds
- § 19 Zuweisungen zur Begleitung des Strukturwandels und der Strukturanpassung
- § 20 Zuweisungen aufgrund besonderer Bedarfe von Gemeinden und Gemeindeverbänden
- § 21 Einmalige Zuweisungen für besondere Bedarfssituationen von Gemeinden und Gemeindeverbänden
- § 22 Zuweisungen zu Maßnahmen der Stadterneuerung
- § 23 Leervorschrift
- § 24 Zuweisungen zu Maßnahmen der Denkmalpflege und zur Förderung kleinerer privater Denkmalpflegemaßnahmen
- § 25 Zuwendungen zu Landestheatern
- § 26 Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen
- § 27 Zuweisungen zu kommunalen Museumsbauten
- § 28 Zuweisungen zu Sportstättenbauten
- § 29 Zuweisungen zur ökologischen Gestaltung im Emscher-Lippe-Raum
- § 30 Zuweisungen zur Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altablagerungen und Altstandorten
- § 31 Abrechnung für das Haushaltsjahr 1996
- § 32 Zuweisungen zu den Kosten der Verteidigungslasten- und Lastenausgleichsverwaltung bei kreisfreien Städten und Kreisen

- § 33 Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs
- § 34 Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans
- § 35 Kreisumlage
- § 36 Landschaftsumlage
- § 37 Verbandsumlage des Kommunalverbandes Ruhrgebiet
- § 38 Berechnung und Auszahlung der Schlüsselzuweisungen, der Anpassungshilfen sowie der Zuweisungen nach den §§ 17, 18 und 19
- § 39 Ausgleich fehlerhafter Zuweisungen
- § 40 Einwohnerzahl, Gebietsfläche
- § 41 Bewirtschaftung der Mittel
- § 42 Förderungsgrundsätze für zweckgebundene Zuweisungen
- § 43 Sonderregelungen für zweckgebundene Zuweisungen
- § 44 Kürzungsermächtigung
- § 45 Durchführungsvorschriften

I. Teil

Grundlagen

§ 1

Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände

(1) Die Gemeinden und Gemeindeverbände tragen die Kosten ihrer eigenen und der ihnen übertragenen Aufgaben, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten vom Land im Wege des Finanz- und Lastenausgleichs zur Ergänzung ihrer eigenen Einnahmen allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben.

(3) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten einen Anteil am Steueraufkommen des Landes (allgemeiner Steuerverbund). Das Nähere regelt dieses Gesetz.

(4) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten ferner Zuweisungen nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes sowie nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes.

(5) Soweit den Gemeinden und Gemeindeverbänden Zuwendungen auf Grund besonderer Gesetze gewährt werden, bleiben diese unberührt.

§ 2

Allgemeiner Steuerverbund

(1) Das Land stellt den Gemeinden und Gemeindeverbänden 23 vom Hundert seines Anteils an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer (Gemeinschaftssteuern) zur Verfügung. Der Landesanteil an der Umsatzsteuer wird um den in § 33 Abs. 3 festgesetzten Betrag gekürzt.

Ferner beteiligt das Land die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 23 vom Hundert an vier Siebteln der Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer (Landessteuer).

(2) Vom allgemeinen Steuerverbund sind die Tantiemen in Höhe von 4 000 000 DM abzuziehen, die das Land für die Gemeinden und Gemeindeverbände auf Grund gesetzlicher Vorschriften und vertraglicher Vereinbarungen zu entrichten hat.

(3) Vom allgemeinen Steuerverbund sind 4 900 000 DM abzuziehen, die dem Land zur Erfüllung vertraglicher Vereinbarungen an das Erzbistum Paderborn als Gegenleistung für das Ruhen bzw. die Ablösung kommunaler Kirchenbaulasten zur Verfügung stehen.

(4) Vom allgemeinen Steuerverbund ist ein kommunaler Beitrag an den einheitsbedingten Gesamtlasten von 847 400 000 DM abzuziehen.

(5) Den Berechnungen nach den Absätzen 1, 2, 3 und 4 sind die Ansätze im Haushaltsplan des Landes zugrunde zu legen; soweit Haushaltsansätze und -ergebnisse voneinander abweichen, ist der Ausgleich nach dem Ergebnis des Haushaltsjahres spätestens im übernächsten Haushaltsjahr vorzunehmen. Die Abrechnung des Haushaltsjahres 1996 regelt § 31.

§ 3

Aufteilung des Verbundbetrages

(1) Die Mittel nach § 2 Absatz 1 betragen 14 216 100 000 DM davon entfallen auf

1. Abzüge nach § 2 Absätze 2, 3 und 4 856 300 000 DM

2. allgemeine Zuweisungen 12 485 800 000 DM

3. zweckgebundene Zuweisungen 874 000 000 DM

(2) Die allgemeinen Zuweisungen werden nach den §§ 5 bis 21, die zweckgebundenen Zuweisungen nach den §§ 22 bis 30 aufgeteilt.

§ 4**Zuweisungen außerhalb
des allgemeinen Steuerverbundes**

Außerhalb des allgemeinen Steuerverbundes erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände Zuweisungen nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes und nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes. Im einzelnen gelten die §§ 32, 33 und 34.

II. Teil**Allgemeiner Steuerverbund****Erster Abschnitt****Allgemeine Zuweisungen
(Schlüsselzuweisungen, Pauschale Zuweisungen für Investitionen, Bedarfszuweisungen)****A. Schlüsselzuweisungen****1. Unterabschnitt****Allgemeine Vorschrift und Schlüsselmasse****§ 5****Grundsätze für die Schlüsselzuweisungen**

(1) Die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände erhalten Schlüsselzuweisungen, deren Höhe sich für die einzelne Gebietskörperschaft nach ihrer durchschnittlichen Aufgabenbelastung und nach ihrer Steuerkraft oder Umlagekraft bemißt. Belastungen, die Gemeinden und Kreisen durch die Trägerschaft von Schulen entstehen, werden berücksichtigt. Die den Gemeinden aufgrund steigender Soziallasten entstehenden Mehrbelastungen und Mehraufwendungen für Zentralitätsfunktionen sind bei der Ermittlung des normier-

ten Bedarfs zur Festlegung der Aufgabenbelastung angemessen zu berücksichtigen.

(2) Die Schlüsselzuweisung wird aus einer Ausgangsmeßzahl (§§ 8, 12 und 15) und einer Steuerkraftmeßzahl (§ 9) oder Umlagekraftmeßzahl (§§ 13 und 16) ermittelt.

§ 6

Aufteilung der Schlüsselmasse

Der für Schlüsselzuweisungen zur Verfügung stehende Betrag von 11 102 200 000 DM wird wie folgt aufgeteilt:

1. Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden
8 489 800 000 DM
2. Schlüsselzuweisungen an die Kreise
1 298 900 000 DM
3. Schlüsselzuweisungen an die Landschaftsverbände
1 313 500 000 DM

2. Unterabschnitt

Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden

§ 7

Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden

(1) Die Gemeinde erhält als Schlüsselzuweisung 90 vom Hundert des Unterschiedsbetrages zwischen der Ausgangsmeßzahl (§ 8) und der Steuerkraftmeßzahl (§ 9).

(2) Erreicht die Steuerkraftmeßzahl die Ausgangsmeßzahl, so erhält die Gemeinde keine Schlüsselzuweisung.

§ 8**Ermittlung der Ausgangsmeßzahl für die Gemeinden**

(1) Die Ausgangsmeßzahl einer Gemeinde wird ermittelt, indem der Gesamtansatz (Absatz 2) mit dem einheitlichen Grundbetrag (Absatz 7) vervielfältigt wird.

(2) Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz, dem Schüleransatz, dem Soziallastenansatz und dem Zentralitätsansatz gebildet.

(3) Der Hauptansatz einer Gemeinde wird nach einem Hundertsatz ihrer Einwohnerzahl errechnet. Die für den Hauptansatz maßgebenden Staffelklassen und die für sie geltenden Hundertsätze sind in der Anlage 1 zu diesem Gesetz festgelegt. Liegt die Einwohnerzahl einer Gemeinde zwischen zwei Stufen der Staffelklasse, so wird der Hundertsatz mit den dazwischen liegenden Werten angesetzt; der Hundertsatz wird auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet.

(4) Der Schüleransatz wird den Gemeinden nach einem Hundertsatz für jeden Schüler an Schulen gewährt, deren Träger sie zu Beginn des Haushaltsjahres sind. Der Ermittlung des Schüleransatzes wird die Schulstatistik 1996 für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zugrunde gelegt. Dem Schüleransatz werden auch die Schüler neu errichteter Schulen hinzugerechnet, deren Träger die Gemeinden erstmals zu Beginn des Haushaltsjahres sind. Soweit Zweckverbände Schulträger sind, werden die Schüler auf die dem Zweckverband angehörenden Gemeinden entsprechend dem Anteil an der Umlage aufgeteilt. Als Schülerzahlen werden die Schüler der einzelnen Schulformen mit dem in der Anlage 2 zu diesem Gesetz

festgelegten Vervielfältiger zugrunde gelegt.

Soweit Schulen als Ganztagschulen genehmigt worden sind, werden die Schüler der einzelnen Schulformen, die tatsächlich im Ganztagsbetrieb unterrichtet werden, mit dem in der Anlage 3 zu diesem Gesetz festgelegten Vervielfältiger zugrunde gelegt. Der Schüleransatz beträgt XXX¹ vom Hundert der nach den Anlagen 2 und 3 zu diesem Gesetz ermittelten Schülerzahlen. Der Schüleransatz wird den Städten Düren und Gütersloh zur Hälfte auch für Schüler gewährt, die zu Beginn des Haushaltsjahres die Stiftischen Gymnasien in diesen Gemeinden besuchen.

(5) Als Soziallastenansatz werden der einzelnen Gemeinde die von der Arbeitsverwaltung nach dem Stand Juni 1997 ermittelten Arbeitslosen mit einer Dauer der Arbeitslosigkeit von 6 Monaten und mehr hinzugerechnet. Die Arbeitslosen sind je nach Dauer der Arbeitslosigkeit nach folgender Staffel anzusetzen:

<u>Dauer der Arbeitslosigkeit</u>	<u>Arbeitslosenzahl</u>
6 Monate bis unter 12 Monate	fünffach,
12 Monate bis unter 24 Monate	sechsfach,
24 Monate und länger	siebenfach.

(6) Als Zentralitätsansatz werden den einzelnen Gemeinden 15 vom Hundert der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Stand vom 31. Dezember 1996 hinzugerechnet.

¹ Berechnungen noch nicht abgeschlossen
(wird ergänzt)

(7) Das Innenministerium und das Finanzministerium setzen den einheitlichen Grundbetrag nach Absatz 1 in der Weise fest, daß der für Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden zur Verfügung gestellte Betrag aufgebraucht wird.

§ 9

Ermittlung der Steuerkraftmeßzahl für die Gemeinden

(1) Die Steuerkraftmeßzahl ergibt sich aus der Summe der für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer abzüglich der Steuerkraftzahl der Gewerbesteuerumlage.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden zugrunde gelegt

1. bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital das durch den Hebesatz für das Haushaltsjahr 1997 geteilte Ist-Aufkommen in der Zeit vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997 mit 380 vom Hundert;
2. bei der Grundsteuer das durch den Hebesatz für das Haushaltsjahr 1997 geteilte Ist-Aufkommen in der Zeit vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997
für die Grundsteuer A mit 175 vom Hundert,
für die Grundsteuer B mit 330 vom Hundert;
3. bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer das Ist-Aufkommen für die Zeit vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997 zuzüglich der in diesem Zeitraum angefallenen Kompensationsleistungen nach § 45 Gemeindefinanzierungsgesetz 1996

(GV. NW S. 124) und § 43 Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 (GV. NW 1996 S. 586) in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 1997 (GV. NW 1997 S. 176), und abzüglich der in diesem Zeitraum angefallenen Abrechnungsbeträge.

4. bei der Gewerbesteuerumlage das durch den Hebesatz für das Haushaltsjahr 1997 geteilte Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in der Zeit vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997 mit 78 vom Hundert.

§ 10

Anpassungshilfen bei Strukturveränderungen im gemeindlichen Schlüsselzuweisungssystem

(1) Für Anpassungshilfen im Zusammenhang mit Strukturveränderungen im gemeindlichen Schlüsselzuweisungssystem werden Mittel bis zur Höhe von 97 100 000 DM zur Verfügung gestellt.

(2) Soweit sich bei Beibehaltung der 1995 geltenden Berechnungsstrukturen im gemeindlichen Schlüsselzuweisungssystem für einzelne Gemeinden entsprechend dem Gesetzentwurf der Landesregierung "Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften" - Landtagsdrucksache 12/402 - 1998 höhere Schlüsselzuweisungen ergeben hätten, wird die Differenz mit den Mitteln nach Absatz 1 (Anpassungshilfe) zu einem Drittel ausgeglichen. Die den einzelnen Gemein-

den zu zahlende Anpassungshilfe wird vom Innenministerium und vom Finanzministerium festgesetzt.

(3) Die Zahlungen nach Absatz 2 sind den Umlagegrundlagen nach den §§ 35 bis 37 zugrunde zu legen.

3. Unterabschnitt Schlüsselzuweisungen an die Kreise

§ 11 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Kreise

Der Kreis erhält als Schlüsselzuweisung den Unterschiedsbetrag zwischen der Ausgangsmeßzahl (§ 12) und der Umlagekraftmeßzahl (§ 13).

§ 12 Ermittlung der Ausgangsmeßzahl für die Kreise

(1) Die Ausgangsmeßzahl eines Kreises wird ermittelt, indem der Gesamtansatz (Absatz 2) mit dem einheitlichen Grundbetrag (Absatz 5) vervielfältigt wird.

(2) Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz und dem Schüleransatz gebildet.

(3) Der Hauptansatz eines Kreises entspricht seiner Einwohnerzahl.

(4) Der Schüleransatz wird den Kreisen gewährt, soweit sie Schulträger sind.

Die Regelung in § 8 Abs. 4 Sätze 1 bis 6 gilt entsprechend. Der Schüleransatz beträgt XXX² vom Hundert der nach den Anlagen 2 und 3 zu diesem Gesetz ermittelten Schülerzahlen.

² Berechnungen noch nicht abgeschlossen
(wird ergänzt)

(5) Das Innenministerium und das Finanzministerium setzen den einheitlichen Grundbetrag in der Weise fest, daß der für Schlüsselzuweisungen an die Kreise zur Verfügung gestellte Betrag aufgebraucht wird.

§ 13

Ermittlung der Umlagekraftmeßzahl für die Kreise

Die Umlagekraftmeßzahl beträgt 37 vom Hundert der Umlagegrundlagen, die für dieses Haushaltsjahr gelten.

4. Unterabschnitt

Schlüsselzuweisungen an die Landschaftsverbände

§ 14

Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Landschaftsverbände

Jeder Landschaftsverband erhält den Unterschiedsbetrag zwischen der Ausgangsmeßzahl (§ 15) und der Umlagekraftmeßzahl (§ 16) als Schlüsselzuweisung.

§ 15

Ermittlung der Ausgangsmeßzahl für die Landschaftsverbände

(1) Die Ausgangsmeßzahl wird ermittelt, indem die Einwohnerzahl des jeweiligen Landschaftsverbandes mit dem einheitlichen Grundbetrag (Absatz 2) vervielfältigt wird.

(2) Das Innenministerium und das Finanzministerium setzen den einheitlichen Grundbetrag nach Absatz 1 in der Weise fest, daß der für Schlüsselzuweisungen an die Landschaftsverbände zur Verfügung gestellte Betrag aufgebraucht wird.

§ 16**Ermittlung der Umlagekraftmeßzahl für die Landschaftsverbände**

Die Umlagekraftmeßzahl beträgt 18 vom Hundert der Umlagegrundlagen, die für dieses Haushaltsjahr gelten.

B. Pauschale Zuweisungen für investive Maßnahmen**§ 17****Pauschale Förderung investiver Maßnahmen von Gemeinden und Kreisen**

(1) Zur pauschalen Förderung investiver Maßnahmen werden 884 000 000 DM zur Verfügung gestellt.

(2) Von dem Betrag nach Absatz 1 erhalten die Gemeinden zur pauschalen Förderung investiver Maßnahmen 538 600 000 DM. Der Betrag wird zu fünf Sechsteln nach der Einwohnerzahl und zu einem Sechstel nach der Gebietsfläche verteilt.

(3) Von dem Betrag nach Absatz 1 erhalten die kreisfreien Städte und Kreise zur pauschalen Förderung investiver Maßnahmen 119 000 000 DM. Der Betrag wird nach der Zahl der Einwohner über 65 Jahre verteilt. Die pauschale Zuweisung ist in erster Linie für Maßnahmen zur Verbesserung der Altenhilfe und -pflege einzusetzen.

(4) Von dem Betrag nach Absatz 1 erhalten die Gemeinden zur pauschalen Förderung investiver Maßnahmen 226 400 000 DM. Dieser Betrag soll der Belastungssituation der Gemeinden durch Maßnahmen im Abwasserbereich Rechnung tragen. Er kann bei der Verzinsung nach § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen außer Betracht bleiben. Der Betrag wird zu einem Drittel nach der

Einwohnerzahl und zu zwei Dritteln nach der Gebietsfläche verteilt.

(5) Die DM-Beträge je Einwohner, je tausend Quadratmeter Gebietsfläche und je Einwohner über 65 Jahre werden vom Innenministerium und Finanzministerium ermittelt und festgesetzt.

§ 18

Strukturfonds

Zur Milderung vorhandener Strukturdefizite werden pauschale Zuweisungen zur Durchführung investiver Maßnahmen gewährt. Hierfür stehen Mittel in Höhe von 100 000 000 DM zur Verfügung.

§ 19

Zuweisungen zur Begleitung des Strukturwandels und der Strukturanpassung

(1) Zur Förderung investiver Maßnahmen, die in Zusammenhang mit dem Strukturwandel und der Strukturanpassung stehen, können den betroffenen Gemeinden pauschale Zuweisungen gewährt werden. Hierfür stehen Mittel in Höhe von 45 000 000 DM zur Verfügung.

(2) Die Mittel nach Absatz 1 sind insbesondere bestimmt für Zuweisungen an Gemeinden

1. mit besonderen Belastungen aufgrund altindustrieller Monostrukturen,
2. mit strukturellen Anpassungserfordernissen aufgrund wirtschaftlicher und landschaftlicher Besonderheiten im ländlichen Raum.

(3) Die Kriterien zur Verteilung der Mittel nach Absatz 2 setzen das Innenministerium und das Finanzministerium fest.

C. Bedarfszuweisungen

§ 20

Zuweisungen aufgrund besonderer Bedarfe von Gemeinden und Gemeindeverbänden

(1) Für Zuweisungen aufgrund besonderer Bedarfe von Gemeinden werden 98 200 000 DM zur Verfügung gestellt. Sie sind bestimmt

1. in Höhe von 12 000 000 DM für Zuweisungen an die Stadt Bonn zum Ausgleich besonderer Belastungen durch Dienststellen des Bundes;
2. bis zur Höhe von 35 000 000 DM für pauschale Zuweisungen an Gemeinden und Kreise zum Ausgleich besonderer Belastungen mit notwendigen Schülerfahrkosten;
3. bis zur Höhe von 25 000 000 DM für pauschale Zuweisungen an Gemeinden, die durch ihre Funktion als anerkannter Kurort besondere Belastungen tragen; die empfangsberechtigten Gemeinden und der der jeweiligen Gemeinde zustehende Betrag ergeben sich aus der Anlage 4 zu diesem Gesetz;
4. bis zur Höhe von 9 000 000 DM für pauschale Zuweisungen an alle Gemeinden des Landes zur Förderung kommunaler Projekte zur Entwicklungszusammenarbeit; die Aufteilung des zur Verfügung stehenden Betrages richtet sich nach der Einwohnerzahl jeder Gemeinde zum 31. Dezember 1996;
5. bis zur Höhe von 15 000 000 DM für pauschale Zuweisungen an Gemeinden zum Ausgleich besonderer Härten bei der Erhebung von Abwassergebühren (§ 76 Gemein-

deordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. März 1996 (GV. NW. S. 124)); die empfangsberechtigten Gemeinden und der der jeweiligen Gemeinde zustehende Betrag ergeben sich aus der Anlage 5 zu diesem Gesetz; die Zuweisungen bleiben bei der Ermittlung der ansatzfähigen Kosten nach § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen außer Betracht;

6. bis zur Höhe von 2 200 000 DM für pauschale Zuweisungen an alle Gemeinden zur Förderung der Aktivitäten im Sportbereich (z. B. Übungsleiter); die Aufteilung des zur Verfügung stehenden Betrages richtet sich nach der Einwohnerzahl jeder Gemeinde zum 31. Dezember 1996; je Einwohner wird eine Pauschale von 0,12 DM gewährt.

(2) Für Zuweisungen aufgrund besonderer Bedarfe der Landschaftsverbände werden 122 500 000 DM zur Verfügung gestellt. Sie sind bestimmt

1. bis zur Höhe von 40 500 000 DM zur Milderung der Mehrbelastungen, die den Landschaftsverbänden aus der Durchführung des Landesblindengeldgesetzes vom 11. November 1992 (GV. NW. S. 447), entstehen; von dem Betrag entfallen auf den Landschaftsverband Rheinland 20 750 000 DM und den Landschaftsverband Westfalen-Lippe 19 750 000 DM;
2. bis zur Höhe von 55 000 000 DM zur Milderung der Mehrbelastungen, die den Landschaftsverbänden durch die vollstationäre Betreuung

von Sozialhilfeempfängern in Einrichtungen entsteht; der Betrag wird auf die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe nach der Zahl der am 31. Dezember 1996 in Einrichtungen betreuten Sozialhilfeempfänger verteilt.

3. bis zur Höhe von 27 000 000 DM zur Milderung der Kosten, die den Landschaftsverbänden durch die landschaftliche Kulturpflege nach § 5 Abs. 1 Buchstabe c der Landschaftsverbandsordnung entstehen; der Betrag wird zu jeweils der Hälfte auf den Landschaftsverband Westfalen-Lippe sowie den Landschaftsverband Rheinland aufgeteilt.

§ 21

Einmalige Zuweisungen für besondere Bedarfssituationen von Gemeinden und Gemeindeverbänden

(1) Für einmalige Bedarfszuweisungen zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungssituationen und einmalige Zuweisungen für besondere Bedarfssituationen von Gemeinden und Gemeindeverbänden werden 36 800 000 DM zur Verfügung gestellt.

(2) Aus Mitteln nach Absatz 1 können Zuweisungen für Maßnahmen, die der Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung dienen sowie für modellhafte Projekte, die einer vorzeitigen Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen in ihr Heimatland dienen, soweit andere Möglichkeiten einer Förderung ausgeschöpft sind, gewährt werden.

(3) Aus den Mitteln nach Absatz 1 können Zuweisungen zum Ausgleich von Härten, die sich bei der Durchführung des Finanzausgleichs ergeben, gewährt werden.

Zweiter Abschnitt

Zweckgebundene Zuweisungen

§ 22

Zuweisungen zu Maßnahmen der Stadterneuerung

(1) Für Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Stadterneuerung werden 350 700 000 DM zur Verfügung gestellt.

(2) Von den Mitteln nach Absatz 1 können bis zu 20 000 000 DM zur Unterstützung von Maßnahmen für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf eingesetzt werden.

§ 23

LEERVORSCHRIFT

§ 24

Zuweisungen zu Maßnahmen der Denkmalpflege und zur Förderung kleinerer privater Denkmalpflegemaßnahmen

(1) Für Zuweisungen zur Förderung denkmalpflegerischer Maßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände werden 13 300 000 DM zur Verfügung gestellt.

(2) Für Zuweisungen zur Förderung bodendenkmalpflegerischer Maßnahmen der Gemeinden oder Gemeindeverbände werden 8 000 000 DM zur Verfügung gestellt.

(3) Die Mittel nach § 22 können bis zu einem Betrag von 3 500 000 DM für Zuweisungen zur Förderung kleinerer privater Denkmalpflegemaßnahmen den Gemeinden und Gemeindeverbänden pauschal zur Verfügung gestellt werden.

§ 25 Zuwendungen zu Landestheatern

Zur Unterstützung der Landestheater werden 25 400 000 DM zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden den Empfängern als Festbetrag nach Maßgabe der Anlage 6 zu diesem Gesetz zur Verfügung gestellt.

§ 26**Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen**

Für Zuweisungen zur Förderung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, des Erwerbs und der Ersteinrichtung von Schulen und Volkshochschulen werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden 386 700 000 DM zur Verfügung gestellt.

§ 27**Zuweisungen zu kommunalen Museumsbauten**

Für Zuweisungen zur Förderung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und des Erwerbs von Museen werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden 16 100 000 DM zur Verfügung gestellt.

§ 28**Zuweisungen zu Sportstättenbauten**

Für Zuweisungen zur Förderung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und der Modernisierung von Sportstätten werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden 33 000 000 DM zur Verfügung gestellt.

§ 29**Zuweisungen zur ökologischen Gestaltung im Emscher-Lippe-Raum**

Zur Ausfinanzierung der Förderung von Maßnahmen der ökologischen Gestaltung im Emscher-Lippe-Raum werden den im Einzugsgebiet liegenden Gemein-

den 11 000 000 DM zur Verfügung gestellt.

§ 30

Zuweisungen zur Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altablagerungen und Altstandorten

Für Zuweisungen zur Förderung von Gefährdungsabschätzungen und Sanierungen von Altablagerungen und Altstandorten werden den Gemeinden und Gemeindeverbänden 29 800 000 DM zur Verfügung gestellt.

Dritter Abschnitt

Abrechnung des allgemeinen Steuerverbundes

§ 31

Abrechnung für das Haushaltsjahr 1996

(1) Für die Abrechnung des allgemeinen Steuerverbundes 1996 sind die Mittel nach § 3 Abs. 1 Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 vom 20. März 1996 (GV.NW. S. 114) um den Betrag von 432 200 000 DM zu kürzen.

(2) Der Abrechnungsbetrag wird für jede Gemeinde, jeden Kreis oder Landschaftsverband ermittelt, indem die Schlüsselzuweisungen und die Investitionspauschale nach §§ 6 und 30 Abs. 2 Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 um den Betrag nach Absatz 1 entsprechend dem Anteilsverhältnis dieser Zuweisungen zueinander gekürzt werden. Nicht verausgabte Mittel der pauschalen Investitionszuweisungen aus Vorjahren werden in die Berechnung einbezogen. Die danach ermittelten Beträge werden nach den §§ 5 bis 15, 30 Abs. 2 Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 aufgeteilt, der in 1996 gezahlten Schlüsselzuweisung und allgemeinen Investitionspauschale gegen-

übergestellt und saldiert. Der Unterschiedsbetrag ist von den Gemeinden, Kreisen und Landschaftsverbänden auszugleichen (Abrechnungsbetrag).

(3) Der Ausgleich erfolgt mit den entsprechenden Zuweisungen nach § 38 Abs. 3 anteilig zu den festgesetzten Terminen.

(4) Das Innenministerium und das Finanzministerium errechnen den Abrechnungsbetrag und setzen ihn fest.

III. Teil

Zuweisungen außerhalb des allgemeinen Steuerverbundes

Erster Abschnitt

Leistungen nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes

§ 32

Zuweisungen zu den Kosten der Verteidigungslasten- und Lastenausgleichsverwaltung bei kreisfreien Städten und Kreisen

(1) Den kreisfreien Städten und Kreisen, bei denen Ämter für Verteidigungslasten und Lohnstellen eingerichtet sind, erstattet das Land nach Maßgabe des Haushaltsplans in Höhe von 7 700 000 DM die entstehenden persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben, soweit sie vom Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Innenministerium als erstattungsfähig anerkannt werden.

(2) Die kreisfreien Städte und Kreise, bei denen Ausgleichsämter eingerichtet sind, erhalten Zuweisungen entsprechend dem Haushaltsplan für die durch die Durchführung des Dritten Teils des

Lastenausgleichsgesetzes und der hierzu ergangenen lastenausgleichsrechtlichen Nebengesetze entstandenen notwendigen Verwaltungskosten in Höhe von 15 900 000 DM. Aus den gemäß Satz 1 bereitgestellten Mitteln sind die notwendigen Verwaltungskosten bei Sonderzuständigkeiten und Vorrorttätigkeiten voll, im übrigen bis zu 33 vom Hundert zu erstatten.

Als Verwaltungskosten gelten die Personalkosten aller im Ausgleichsamt beschäftigten Bediensteten, die Sachkosten und anteiligen persönlichen und sächlichen Gemeinkosten in Höhe von 29 vom Hundert der Personalkosten und die Versorgungslasten für die im Ausgleichsamt tätigen Beamten in Höhe von 30 vom Hundert ihrer Dienstbezüge.

Die Regelung der Einzelheiten sowie die Festsetzung und Abrechnung der Zuweisungen obliegen dem Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Innenministerium.

Ist ein Ausgleichsamt für den Bereich mehrerer Kreise oder kreisfreier Städte zuständig, werden die durch die Zuweisung des Landes nicht gedeckten Verwaltungskosten von den beteiligten Gebietskörperschaften anteilig getragen. Wird eine einvernehmliche Regelung zwischen den Gebietskörperschaften nicht erzielt, entscheidet auf Antrag eines der Beteiligten die im Bereich der Ausgleichsverwaltung zuständige Bezirksregierung; bei der Entscheidung ist die Zahl der Fälle zugrunde zu legen.

§ 33

Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs

(1) Den Gemeinden wird zum Ausgleich

ihrer zusätzlichen Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ein Anteil von 26 vom Hundert des Mehraufkommens der Umsatzsteuer zugewiesen, das dem Land gemäß § 1 Satz 1 2. Halbsatz des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 977), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1959), zusteht.

(2) Der auf die Gemeinden entfallende Anteil wird nach dem Schlüssel verteilt, der in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und Abführung der Gewerbesteuerumlage für die entsprechenden Haushaltsjahre festgesetzt ist.

(3) Der auf die Gemeinden zu verteilende Betrag wird für das Haushaltsjahr 1998 vorerst auf 780 000 000 DM festgesetzt und mit je einem Viertel zu den in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und Abführung der Gewerbesteuerumlage für die entsprechenden Haushaltsjahre genannten Terminen für die Abschlagszahlungen bzw. Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung ausgezahlt.

(4) Nach Ablauf des Haushaltsjahres wird der den Gemeinden zustehende Anteilsbetrag auf der Grundlage der vorläufigen Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung und des Finanzausgleichs unter den Ländern abschließend ermittelt und festgesetzt. Nach Anrechnung der geleisteten Abschlagszahlungen wird der Unterschiedsbetrag mit der nächstmöglichen Abschlagszahlung ausgeglichen.

(5) Einzelheiten der Ermittlung und Zahlbarmachung der Zuweisungen regeln das Innenministerium und das Finanzministerium.

Zweiter Abschnitt

§ 34

Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans

Das Land gewährt den Gemeinden und Gemeindeverbänden Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans.

Die haushaltsmäßige Zuordnung, die Zweckbestimmung der Zuweisungen und die Haushaltsansätze werden vom Innenministerium und Finanzministerium unverzüglich nach Verkündung dieses Gesetzes bekanntgegeben.

IV. Teil

Umlagen, Umlagegrundlagen

§ 35

Kreisumlage

(1) Die Kreisumlage nach § 56 Kreisordnung wird in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen festgesetzt. Umlagegrundlagen zur Erhebung der Kreisumlage für das Jahr 1998 sind

- die Steuerkraftmeßzahlen (§ 9) der kreisangehörigen Gemeinden abzüglich der im Erfassungszeitraum angefallenen Kompensationsleistungen nach § 45 Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 (GV. NW. S. 124) und § 43 Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 (GV. NW. 1996 S. 586) in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 1997 (GV. NW. 1997 S. 176);

- die Schlüsselzuweisungen (§ 7) unter Berücksichtigung der Abrechnungsbeträge nach § 31;
- die Anpassungshilfen nach § 10;
- die Ausgleichsbeträge nach § 3 Solidarbeitragsgesetz 1998;
- die sich aus der endgültigen Festsetzung der Finanzierungsbeteiligung nach § 4 Solidarbeitragsgesetz 1996 ergebenden Unterschiedsbeträge;
- die Kompensationsleistungen nach § 33.

Für die Festsetzung einer ausschließlichen Belastung oder einer Mehr- oder Minderbelastung einzelner Teile des Kreises gilt Satz 1 entsprechend.

(2) Die Umlagegrundlagen nach Absatz 1 gelten über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Inkrafttreten des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes für das dem Haushaltsjahr folgende Jahr.

§ 36

Landschaftsumlage

(1) Die Landschaftsumlage nach § 22 Landschaftsverbandsordnung wird in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen festgesetzt. Umlagegrundlagen sind

- die Steuerkraftmeßzahlen (§ 9) der kreisfreien Städte abzüglich der im Erfassungszeitraum angefallenen Kompensationsleistungen nach § 45 Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 (GV. NW. S. 124) und § 43 Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 (GV. NW. 1996 S. 586) in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 1997 (GV. NW. 1997 S. 176);

- die Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (§ 7) unter Berücksichtigung der Abrechnungsbeträge nach § 31;
- die Umlagegrundlagen (§35 Abs. 1) und die Schlüsselzuweisungen (§ 11) der Kreise unter Berücksichtigung der Abrechnungsbeträge nach § 31;
- die Anpassungshilfen nach § 10;
- die Ausgleichsbeträge der kreisfreien Städte nach § 3 Solidarbeitragsgesetz 1998;
- die sich aus der endgültigen Festsetzung der Finanzierungsbeteiligung nach § 4 Solidarbeitragsgesetz 1996 ergebenden Unterschiedsbeträge der kreisfreien Städte;
- die Kompensationsleistungen an die kreisfreien Städte nach § 33.

(2) § 35 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 37

Verbandsumlage des Kommunalverbandes Ruhrgebiet

Für die Verbandsumlage des Kommunalverbandes Ruhrgebiet gilt § 36 entsprechend.

V. Teil

Gemeinsame Vorschriften und Verfahren

§ 38

Berechnung und Auszahlung der Schlüsselzuweisungen, der Anpassungshilfen sowie der Zuweisungen nach den §§ 17, 18 und 19

(1) Die auf die Gemeinden, Kreise und

Landschaftsverbände entfallenden Schlüsselzuweisungen (§ 6), Anpassungshilfen (§ 10) und Zuweisungen nach den §§ 17, 18 und 19 werden durch das Innenministerium und das Finanzministerium errechnet und festgesetzt.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, den zuständigen obersten Landesbehörden, dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik und den Aufsichtsbehörden alle zur Errechnung und Festsetzung erforderlichen Auskünfte fristgerecht und vollständig zu erteilen. Werden die notwendigen Auskünfte nicht oder nicht rechtzeitig erteilt, so können das Innenministerium und das Finanzministerium bestimmen, daß geschätzte Zahlen zugrunde gelegt werden oder die Berücksichtigung entsprechender Ansätze für die betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände für den Finanzausgleich unterbleibt. § 39 findet in diesen Fällen keine Anwendung.

(2) Das Innenministerium und das Finanzministerium werden ermächtigt, die Ansätze, die nach den §§ 8, 9, 12 und 13 der Berechnung zugrunde zu legen sind, ausnahmsweise für einzelne Gemeinden und Kreise abweichend festzusetzen, wenn sie den Grundsätzen des Finanz- und Lastenausgleichs nicht angemessen gerecht werden. Das Innenministerium und das Finanzministerium können dabei insbesondere eine auf Dauer angelegte Beteiligung von Gemeinden und Gemeindeverbänden an interkommunalen Gewerbegebieten berücksichtigen, wenn dies erforderlich ist, um eine den Grundsätzen eines verteilungsgerechten Finanzausgleichs entsprechende Anrechnung der Steuerkraft sicherzustellen.

(3) Die Schlüsselzuweisungen nach § 6 und die Investitionspauschalen nach

§ 17 werden am 28. Januar mit einem Achtel, am 25. März, 24. Juni und 23. September mit jeweils einem Viertel sowie am 21. Dezember mit einem Achtel des festgesetzten Gesamtbetrages ausgezahlt.

(4) Sofern die Festsetzung der Schlüsselzuweisungen nach § 6 und der Investitionspauschalen nach § 17 bis zum 28. Januar nicht erfolgt ist, werden das Innenministerium und das Finanzministerium ermächtigt, zu diesem Zahlungstermin eine Abschlagszahlung in Höhe der ersten Zahlung für das vorangegangene Haushaltsjahr auszuführen. In besonderen Fällen können das Innenministerium und das Finanzministerium die Höhe der Abschlagszahlung für einzelne Gemeinden gesondert festsetzen. Die Abschlagszahlungen werden nach der endgültigen Festsetzung mit der Zahlung am 25. März verrechnet.

(5) Die Anpassungshilfen (§ 10), die Mittel des Strukturfonds (§ 18) und die Mittel zur Begleitung des Strukturwandels und der Strukturanpassung (§ 19) werden gesondert ausgezahlt.

(6) Leistungen nach diesem Gesetz an die einzelnen Gemeinden und Kreise werden durch Bescheid der Bezirksregierungen festgesetzt. Das Innenministerium und das Finanzministerium können bestimmen, daß die Bescheide der Bezirksregierungen den Gemeinden und Kreisen unmittelbar durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen - LDS - zuzuleiten sind. Einwendungen gegen die Bescheide sind durch Widerspruch geltend zu machen.

Leistungen nach diesem Gesetz an die Landschaftsverbände werden durch Erlaß des Innenministeriums und des Finanzministeriums festgesetzt.

(7) Nach näherer Bestimmung des Innenministeriums und des Finanzministeriums können in jedem neuen Haushaltsjahr Abschlagszahlungen geleistet werden, wenn diese bereits vor der Verkündung eines Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Haushaltsjahr notwendig werden.

§ 39

Ausgleich fehlerhafter Zuweisungen

(1) Das Berichtigungsverfahren hinsichtlich der von den Gemeinden gemeldeten Daten zur Festsetzung von einwohnerabhängigen Zuweisungen aus dem allgemeinen Steuerverbund regeln das Innenministerium und das Finanzministerium. Ein Ausgleich wird nur vorgenommen, wenn er zu einer Änderung der Zuweisungen von mehr als 25 000 DM führen würde.

(2) Stellen sich in anderen Fällen Unrichtigkeiten bei den Zuweisungen nach diesem Gesetz heraus, so sind sie zu berichtigen. Anstelle der Berichtigung kann der Ausgleich bei der Festsetzung der Zuweisungen für das nächste Haushaltsjahr vorgenommen werden.

§ 40

Einwohnerzahl, Gebietsfläche

(1) Als Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik auf den 31. Dezember 1996 fortgeschriebene Bevölkerung einschließlich der vom Innenministerium anerkannten Korrekturen.

(2) Der nach Absatz 1 maßgeblichen Einwohnerzahl wird in allen Fällen mit Ausnahme der Aufteilung der Investitionspauschale nach § 17 Abs. 3 die Zahl der nicht kasernierten Mitglieder der Stationierungstreitkräfte und deren Angehörige sowie der Diplomaten und

Mitglieder der fremden Missionen und Konsulate sowie deren Angehörige hinzugerechnet, wenn diese Personen nicht bereits berücksichtigt sind.

Die Zahl der hinzuzurechnenden Personen wird jährlich vom Innenministerium und Finanzministerium festgesetzt. Das Innenministerium und das Finanzministerium ermitteln die maßgebliche Personenzahl in angemessenen Zeitabständen.

(3) Als Gebietsfläche (§ 17 Abs. 2 und 4) ist der Gebietsstand zugrunde zu legen, der zum 31. Dezember 1996 im Jahresabschluß des Liegenschaftskatasters ermittelt und an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen abgegeben wurde.

§ 41

Bewirtschaftung der Mittel

(1) Die Verteilung und Verwendung der Mittel

1. für die Anpassungshilfen nach § 10
2. für die Investitionspauschalen nach § 17
3. des Strukturfonds nach § 18
4. zur Begleitung des Strukturwandels und der Strukturanpassung nach § 19
5. für die Bedarfszuweisungen nach §§ 20 und 21

regeln das Innenministerium und das Finanzministerium.

(2) Die Verteilung und Verwendung der Mittel für

1. Zuweisungen zu Maßnahmen der Stadterneuerung (§ 22)

2. Zuweisungen nach § 23
3. Zuweisungen zu Maßnahmen der Denkmalpflege und zur Förderung kleinerer privater Denkmalpflege-maßnahmen (§ 24)
4. Zuweisungen und Zuschüsse zu Landestheatern (§ 25)
5. Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen (§ 26)
6. Zuweisungen zu kommunalen Museumsbauten (§ 27)
7. Zuweisungen zu Sportstättenbauten (§ 28)

regeln das Innenministerium und das Finanzministerium im Einvernehmen mit den jeweils zuständigen Ministerien.

(3) Das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft regelt die Verteilung und Verwendung der Mittel nach §§ 29 und 30 und setzt die Zuweisungen nach § 29 im Einvernehmen mit dem Innenministerium, dem Finanzministerium und dem Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport und die Zuweisungen nach § 30 im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium fest.

§ 42

Förderungsgrundsätze für alle zweckgebundenen Zuweisungen

(1) Bei allen zweckgebundenen Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände stellen die zuständigen Ministerien im Einvernehmen mit dem Innenministerium sicher, daß bei der Bewilligung der Zuweisungen auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften und ihre Beteiligung am Finanz- und Lastenausgleich berücksichtigt werden.

(2) Förderprogramme bedürfen insoweit der Zustimmung des Innenministeriums, als sie Zuweisungen zu Investitionsmaßnahmen von Gemeinden enthalten, die zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nach § 75 Abs. 4 GO verpflichtet sind. Die Förderung von Einzelmaßnahmen dieser Gemeinden, die ihrer gesetzlichen Verpflichtung zum Haushaltsausgleich nicht nachkommen können, bedarf der kommunalaufsichtlichen Zustimmung durch die Bezirksregierung, soweit diese Maßnahmen nicht bereits in einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten sind.

§ 43

Sonderregelungen für zweckgebundene Zuweisungen

(1) Zuweisungen gemäß den §§ 22, 23, 24, 25, 27 und 28 können ausnahmsweise auch an nichtkommunale Träger gewährt werden, soweit sie Maßnahmen durchführen, deren Erfüllung ansonsten den Gemeinden und Gemeindeverbänden obliegt. Mit Ausnahme der Zuweisungen nach § 24 Abs. 3 dürfen Zuweisungen nur gewährt werden, wenn sich der nichtkommunale Träger verpflichtet, die Einrichtung in dem für gemeindliche Einrichtungen üblichen Rahmen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und zugleich sicherstellt, daß die Einrichtung bei Wegfall oder Vermögenslosigkeit des nichtkommunalen Trägers an die Gemeinde oder den Gemeindeverband zurückfällt.

(2) Den Gemeinden und Gemeindeverbänden können zweckgebundene Zuweisungen auch zur Durchführung von Maßnahmen eines nichtkommunalen Trägers gewährt werden, wenn die Kommune einen beherrschenden Einfluß auf dessen Entscheidungen ausüben kann und rechtsverbindlich sicherstellt, daß die empfangenen Zuweisungen für

die Dauer der Zweckbindung zweckentsprechend eingesetzt werden.

§ 44

Kürzungsermächtigung

Das Innenministerium und das Finanzministerium sind ermächtigt, allgemeine oder zweckgebundene Zuweisungen um den Betrag solcher fälligen Forderungen zu kürzen, auf die das Land nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen einen Anspruch hat.

§ 45

Durchführungsvorschriften

Soweit in den vorstehenden Bestimmungen keine besondere Regelung getroffen ist, erlassen das Innenministerium und das Finanzministerium die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

Anlage 1 zu § 8 Abs 3 GFG 1998

<u>Staffelklasse</u> <u>(Einwohner)</u>	<u>Hauptansatz</u> <u>v. H.</u>
25 000	100,0
40 000	103,0
58 000	105,9
80 000	108,9
106 500	112,0
135 000	114,9
168 500	118,0
205 000	121,0
244 500	124,0
288 000	127,0
335 000	130,0
385 500	133,0
439 500	136,0
497 000	139,0
558 000	142,0
623 000	145,0
679 500	147,5

Für Gemeinden mit mehr als 679 500
Einwohnern beträgt der Ansatz 150,1
vom Hundert.

Anlage 2 zu § 8 Abs 4 GFG 1998

<u>Schüler der</u>	<u>mit³</u>
Grundschulen einschließlich Schulkindergärten noch nicht gegliederten Volks- schulen einschließlich Schulkin- dergärten	XX vom Hundert,
Hauptschulen	XXX vom Hundert,
Realschulen	XXX vom Hundert,
Gymnasien	XX vom Hundert,
Gesamtschulen	XX vom Hundert,
Berufsschulen	XX vom Hundert,
Berufsgrundschulen	XX vom Hundert,
Vorklassen der Berufsgrund- schuljahre	XX vom Hundert,
Bezirksfachklassen, deren Schul- bezirke das Land Nordrhein-West- falen umfaßt	XX vom Hundert,
übrigen Bezirksklassen	XX vom Hundert,
Berufsfachschulen, Fachober- schulen und Fachschulen	XX vom Hundert,
Sonderschulen für Lernbehinderte	XXXvom Hundert,
übrigen Sonderschulen ein- schließlich Sonderschulkinder- gärten	XXXvom Hundert,
Kollegschulen	XX vom Hundert,
Schulen des zweiten Bildungsweges	
a) Abendrealschulen	XX vom Hundert,
b) Abendgymnasien	XX vom Hundert,
c) Kollegs	XX vom Hundert.

³ Berechnungen noch nicht abgeschlossen (wird ergänzt)

Anlage 3 zu § 8 Abs 4 GFG 1998

Schüler der _____ mit⁴

Grundschulen einschließlich Schulkindergärten noch nicht gegliederten Volks- schulen einschließlich Schulkin- dergärten	XXX vom Hundert, XX vom Hundert, XXX vom Hundert,
Hauptschulen	XXX vom Hundert,
Realschulen	XXX vom Hundert,
Gymnasien	XXX vom Hundert,
Gesamtschulen	XXX vom Hundert,
Sonderschulen für Lernbehinderte	XXX vom Hundert,
übrigen Sonderschulen einschließlich Sonderschulkindergärten	XXX vom Hundert,
Kollegschulen	XX vom Hundert.

⁴ Berechnungen noch nicht abgeschlossen (wird ergänzt)

Anlage 4 zu § 20 Abs. 1 Nr. 3 GFG 1998

<u>Gemeinden</u>	<u>Betrag DM⁵</u>
Aachen	
Bad Berleburg	
Bad Driburg	
Bad Laasphe	
Bad Lippspringe	
Bad Münstereifel	
Bad Oeynhausen	
Bad Salzuflen	
Bad Sassendorf	
Brakel	
Brilon	
Detmold	
Erwitte	
Eslohe	
Freudenberg	
Heimbach	
Horn-Bad Meinberg	
Höxter	
Kirchhundem	
Lage	
Lennestadt	
Lippstadt	
Monschau	
Nümbrecht	
Nieheim	
Olsberg	
Petershagen	
Porta Westfalica	
Preußisch Oldendorf	
Reichshof	
Rödinghausen	
Schieder-Schwalenberg	
Schleiden	
Schmallenberg	
Sundern	
Tecklenburg	
Vlotho	
Warburg	
Willebadessen	
Winterberg	
<u>Wünneberg</u>	
Summe	

* Berechnungen noch nicht abgeschlossen (wird ergänzt)

Anlage 5 zu § 20 Abs. 1 Nr. 5 GFG 1998⁶

Gemeinden Betrag DM

Summe

⁶ Erhebung und Auswertung noch nicht abgeschlossen (wird ergänzt)

Anlage 6 zu § 25 GFG 1998

Lippisches Landestheater, Detmold	15 275 500 DM
Rheinisches Landestheater, Neuss	4 647 500 DM
Burghofbühne im Kreis Wesel, Dinslaken	1 256 500 DM
Westfälisches Landestheater, Castrop-Rauxel	4 220 500 DM
Summe	25 400 000 DM

Artikel II

Gesetz zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1998 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 1998)

§ 1

Grundlage

(1) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erbringen zu den Belastungen aus der Deutschen Einheit einen Solidarbeitrag von 2 192 400 000 DM.

(2) Der zwischen den Gemeinden auszugleichende Solidarbeitrag beträgt 1 883 500 000 DM.

(3) Der Betrag nach Absatz 2 wird von allen Gemeinden über die einheitsbedingte Minderung der Gemeindeschlüsselmasse nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 und über die Erhöhung der Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Abs. 3 und 5 Gemeindefinanzreformgesetz erbracht.

(4) Wenn die auf jede Gemeinde entfallenden Beträge nach Absatz 2 von denen nach Absatz 3 abweichen, sind Unterschiedsbeträge zwischen den Gemeinden auszugleichen. Minderzahlungen sind von den Gemeinden nachzahlen. Bei Überzahlungen besteht ein Anspruch auf Ausgleichszahlung aus den Nachzahlungsbeträgen nach Satz 2.

(5) Die Beträge nach Absatz 4 Satz 2 und Satz 3 sind den Umlagegrundlagen nach den §§ 35 bis 37 Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 zugrunde zu legen.

(6) Das Innenministerium und das Finanzministerium setzen die Beträge für jede Gemeinde nach § 1 Abs. 4 fest.

(7) Die Ausgleichsbeträge für jede einzelne Gemeinde werden durch Bescheid der Bezirksregierungen festgesetzt. Das Innenministerium und das Finanzministerium können bestimmen, daß die Bescheide der Bezirksregierungen den Gemeinden und Kreisen unmittelbar durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen - LDS - zuzuleiten sind. Einwendungen gegen die Bescheide sind durch Widerspruch geltend zu machen.

§ 2

Berechnung des gemeindlichen Solidarbeitrages

Der auf die einzelne Gemeinde entfallende Solidarbeitrag nach § 1 Abs. 2 wird nach dem Anteil ihrer Finanzkraft an der Finanzkraft aller Gemeinden zusammen ermittelt. Als Finanzkraft werden zugrunde gelegt

- die Steuerkraftmeßzahlen (§ 9 GFG 1998) abzüglich der im Erfassungszeitraum angefallenen Kompensationsleistungen nach § 45 Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 (GV. NW. S. 124) und § 43 Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 (GV. NW. 1996 S. 586) in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 1997 (GV. NW. 1997 S. 176);
- die Schlüsselzuweisungen (§ 7 GFG 1998) unter Berücksichtigung der Abrechnungsbeträge nach § 4 und § 31 GFG 1998;
- die Anpassungshilfen nach § 10 GFG 1998;

- die Kompensationsleistungen nach § 33 GFG 1998.

§ 3

Berechnung der gemeindlichen Ausgleichsbeträge

(1) Auf den nach § 2 ermittelten Solidarbeitrag werden jeder Gemeinde die auf sie entfallenden Beträge nach § 1 Abs. 3 (Mehrbelastung bei der Gewerbesteuerumlage durch die Erhöhung der Vervielfältiger nach § 6 Abs. 3 und 5 Gemeindefinanzreformgesetz und Betrag, um den die jeweilige Schlüsselzuweisung gemindert ist) angerechnet.

(2) Bei der Berechnung der Mehrbelastung bei der Gewerbesteuerumlage durch die Erhöhung der Vervielfältiger wird das durch den Hebesatz für das Haushaltsjahr 1997 geteilte und mit den für 1998 festgesetzten fiktiven Erhöhungszahlen, nach den Ansätzen im Landeshaushalt, vervielfältigte Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in der Zeit vom 1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997 zugrundegelegt. Die Berechnung erfolgt vorläufig auf der Grundlage von § 9 Abs. 2 Nr. 4 letzter Halbsatz Gemeindefinanzierungsgesetz 1998.

(3) Zur Errechnung des Betrages nach Absatz 1 Nr. 2 wird die Gemeindegemeinschaftsmasse nach § 6 Nr. 1 Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 um den auf die Gemeinden entfallenden Betrag der Minderung der Gemeindegemeinschaftsmasse erhöht. Dieser Betrag entspricht dem Verhältnis der im Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 festgelegten Aufteilung der gemeindlichen Schlüsselmasse (§ 6 Nr. 1 GFG 1998) zu allen anderen Zuweisungen aus dem allgemeinen Steuerverbund (§ 6 Nr. 2 und 3, §§ 17 bis 31 GFG 1998). Der auf jede Ge-

meinde entfallende Betrag wird nach den Vorschriften des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1998 berechnet und aufgeteilt. Er wird der nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 festgesetzten gemeindlichen Schlüsselzuweisung einschließlich des auf die Schlüsselzuweisung entfallenden Abrechnungsbetrages nach § 31 Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 für jede Gemeinde gegenübergestellt und saldiert. Der Unterschiedsbetrag stellt die bereits über die Minderung der Schlüsselmasse erbrachte gemeindliche Leistung dar.

(4) Der Berechnung der Minderung der Schlüsselmasse nach Absatz 2 wird die Minderung der Verbundmasse im Steuerverbund 1998 durch den in § 2 Abs. 4 GFG 1998 vorgenommenen Vorwegabzug des kommunalen Beitrags an den einheitsbedingten Lasten in Höhe von 847 400 000 DM zugrunde gelegt.

§ 4

Abrechnung

(1) Die Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden wird nach den Rechnungsergebnissen des Landes und der tatsächlich für das Haushaltsjahr 1998 geleisteten erhöhten Gewerbesteuerumlage abgerechnet. Der Solidarbeitrag 1998 wird auf dieser Basis neu berechnet und endgültig festgesetzt. Mehr- oder Minderbeträge werden bei der Festsetzung des Solidarbeitrages der Gemeinden für das übernächste Haushaltsjahr berücksichtigt.

(2) Nach der Haushaltsrechnung des Landes 1996 haben die Gemeinden im Rahmen der Finanzierungsbeteiligung zum Fonds "Deutsche Einheit" 212 057 900 DM zu wenig erbracht. Dieser Betrag wird mit der Neuberechnung und endgültigen Festsetzung des Solidarbeitrages 1996 erhoben und gemäß § 4

Solidarbeitragsgesetz 1996 berücksichtigt.

§ 5

Verfahren, Termine

(1) Die sich für die einzelne Gemeinde nach der vorstehenden Vorschrift ergebenden Zahlungsverpflichtungen oder Ansprüche werden mit den nach § 38 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1998 zu zahlenden Zuweisungen in zwei Teilbeträgen am 24. Juni und 21. Dezember verrechnet. Eine die Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 übersteigende Zahlungsverpflichtung ist zu den in Satz 1 genannten Terminen anteilig an die Landeskasse zu entrichten.

(2) Die §§ 39 und 44 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1998 gelten entsprechend. Die Gemeinde ist nicht berechtigt, Zahlungsverpflichtungen nach diesem Gesetz zu kürzen.

Artikel III

Änderung der Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. März 1996 (GV. NW. S. 124), wird wie folgt geändert:

1. § 75 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 4 erhält folgende Fassung:
"(4) Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, ist ein Haushaltssicherungskonzept für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt aufzustellen und darin der Zeitpunkt zu bestimmen, innerhalb

dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Der Haushaltsausgleich ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt wiederherzustellen. Das Haushaltssicherungskonzept dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Es bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, daß spätestens im vierten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr die Einnahmen die Ausgaben (ohne Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren) decken werden. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden."

- b) Nach Absatz 6 werden folgende neue Absätze 7 und 8 angefügt:

"(7) Ist im Fall des Absatzes 4 die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht bekanntgemacht, gelten ergänzend zu den Regelungen des § 81 die nachfolgenden Bestimmungen vom Beginn des Haushaltsjahres - bei späterer Beschlußfassung über die Haushaltssatzung vom Zeitpunkt der Beschlußfassung - bis zur Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes:

1. Die Gemeinde hat weitergehende haushaltswirtschaftliche Beschränkungen für die Besetzung von Stellen, andere personalwirtschaftliche Maßnah-

men und das höchstzulässige Ausgabevolumen des Verwaltungshaushalts sowie die Regelungen zur Nachweisführung gegenüber der Aufsichtsbehörde zu beachten, die durch Rechtsverordnung des Innenministeriums im Einvernehmen mit dem Finanzministerium festgelegt werden.

2. Der in § 81 Abs. 2 festgelegte Kreditrahmen kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde überschritten werden, wenn das Verbot der Kreditaufnahme anderenfalls zu einem nicht auflösbaren Konflikt zwischen verschiedenen gleichrangigen Rechtspflichten der Gemeinde führen würde. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

(8) Die Bestimmungen des Absatzes 7 gelten ab dem 1. April des Haushaltsjahres bis zur Beschlußfassung über einen ausgeglichenen Haushalt oder bis zur Erteilung der Genehmigung für ein Haushaltssicherungskonzept auch dann, wenn bis zu dem Termin kein ausgeglichener Haushalt beschlossen worden ist."

2. § 81 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

"Die Gemeinde hat dem Antrag auf Genehmigung eine nach Dringlichkeit geordnete Aufstellung der vorgesehenen unaufschiebbaren Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen beizufügen."

- b) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.

3. § 92 wird wie folgt geändert:

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"Die Gemeinde hat, wenn ein Rechnungsprüfungsamt nicht eingerichtet ist (§ 102), die Prüfung der Programme nach § 103 Abs. 1 Nr. 4 von einer fachlich geeigneten Stelle außerhalb der Gemeindeverwaltung vornehmen zu lassen."

4. In § 95 Abs. 4 werden in Satz 2 die Wörter "ersten Abschnitts" durch die Wörter "8. Teils" ersetzt.
5. In § 130 Abs. 2 Nr. 6 werden nach dem Wort "Aufträgen" die Wörter "einschließlich des Abschlusses von Verträgen" angefügt.

Artikel IV

Änderung der Kreisordnung

Die Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. März 1996 (GV. NW. S. 124), wird wie folgt geändert:

In § 56 Abs. 2 werden nach Satz 1 folgende Sätze 2 bis 4 angefügt:

"Der Umlagesatz kann einmal im Laufe des Haushaltsjahres geändert werden.

Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn des Haushaltsjahres zurück. Im Falle einer Erhöhung des Umlagesatzes muß der Beschluß vor dem 30. Juni des Haushaltsjahres gefaßt sein."

Artikel V

Änderung der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Die Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 657), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. März 1996 (GV. NW. S. 124), wird wie folgt geändert:

In § 22 Abs. 2 werden nach Satz 1 folgende Sätze 2 bis 4 angefügt:

"Der Umlagesatz kann einmal im Laufe des Haushaltsjahres geändert werden. Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn des Haushaltsjahres zurück. Im Falle einer Erhöhung des Umlagesatzes muß der Beschluß vor dem 30. Juni des Haushaltsjahres gefaßt sein."

Artikel VI

Änderung des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet

Das Gesetz über den Kommunalverband Ruhrgebiet in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 640), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. März 1996 (GV. NW. S. 124), wird wie folgt geändert:

§ 26 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 werden nach Satz 1 folgende Sätze 2 bis 4 eingefügt:

"Der Umlagesatz kann einmal im Laufe des Haushaltsjahres geändert werden. Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn des Haushaltsjahres zurück. Im Falle einer Erhöhung des Umlagesatzes muß der Beschluß vor dem 30. Juni des Haushaltsjahres gefaßt sein."

2. Die bisherigen Sätze 2 bis 5 in Absatz 2 werden neuer Absatz 3.
3. Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.

Artikel VII

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1998 in Kraft.

Begründung

Zu Artikel I

A. Allgemeines

1. Ziele des kommunalen Finanzausgleichs 1998

1.1 Kommunale Selbstverwaltung vollzieht sich auf der Grundlage einer gesicherten kommunalen Finanzausstattung.

Um sie zu gewährleisten, verpflichtet das Grundgesetz die Länder im Rahmen der gesamtstaatlichen Finanzverfassung, die Gemeinden und Gemeindeverbände am Landesanteil der Gemeinschaftssteuern - das sind die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Umsatzsteuer (Verbundgrundlagen) - insgesamt mit einem von der Landesgesetzgebung zu bestimmenden vom Hundert-Satz (Verbundsatz) zu beteiligen (Art. 106 Abs. 7 GG).

Zusätzlich beteiligt das Land die Gemeinden und Gemeindeverbände am Aufkommen der Grunderwerbsteuer (weitere Verbundgrundlagen). Die Höhe des Verbundsatzes steht in Abhängigkeit zur finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes (Art. 79 Landesverfassung).

Im Jahr 1998 sollen die Kommunen wieder mit 23 v. H. an den Verbundgrundlagen sowie mit 23 v. H. an vier Siebteln des Aufkommens der Grunderwerbsteuer beteiligt (allgemeiner Steuerverbund) werden.

1.2 Über den allgemeinen Steuerverbund hinaus werden im Gemeindefinanzierungsgesetz Mittel

- für Zuweisungen nach näherer Bestimmung des Gesetzes

und

- für Zuweisungen nach Maßgabe des Landeshaushalts

zur Verfügung gestellt.

Die Gesamtzuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Landeshaushalt 1998 betragen 22 276 900 000 DM. Das entspricht einem Anteil von 24,6 v.H. an den bereinigten Gesamtausgaben des Landes.

2. Die Entwicklung der Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Finanzsituation der Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen hat sich im Jahr 1996 leicht entspannt, sie stehen aber weiterhin unter Konsolidierungsdruck. Der Finanzierungssaldo als Gesamtergebnis der kommunalen Kassen hat sich nach dem bisher schlechtesten Ergebnis von - 4,4 Mrd. DM in 1995 auf - 854 Mio. DM verbessert. Dieses Ergebnis ist auf Verbesserungen zurückzuführen sowohl der Ausgaben- als auch der Einnahmenseite. In den Verwaltungshaushalten konnten im Gegensatz zu den Vorjahren die Ausgaben reduziert werden, und zwar um 0,7 v. H.. Gleichzeitig wuchsen die Einnahmen (+ 1,6 v. H.) stärker, als es noch im Vorjahr zu beobachten gewesen war (+ 0,1 v. H.).

Anlaß zur Besorgnis geben nach wie vor die Fehlbeträge in den Verwaltungshaushalten. Zwar gingen sie im letzten Jahr um annähernd 2 Mrd. DM auf 1.821,4 Mio. DM zurück, sie lagen damit aber immer noch über dem Niveau der vorhergehenden Jahre. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß in das letztjährige Ergebnis Altfehlbeträge, also aufgelaufene Fehlbeträge aus den Vorjahren, in Höhe von 2.054,5 Mio. DM eingeflossen sind. In der jahresbezogenen Betrachtung konnte im letzten Jahr also sogar ein leichter Überschuß erzielt werden. Eine Minderung des Konsolidierungsdrucks hat dies nicht zur Folge, da die bisher kumulierten Fehlbeträge die Kommunalhaushalte noch über Jahre hinaus belasten werden.

Die leichte Entspannung der kommunalen Haushaltssituation geht insbesondere auf höhere Steuereinnahmen zurück. Nach den Einnahmeausfällen in den Vorjahren erhöhte sich 1996 das Aufkommen aus Steuern und ähnlichen Einnahmen (netto) um 2,2 v. H.. Ausschlaggebend hierfür war wiederum der starke Anstieg der Gewerbesteuer, deren Nettoaufkommen um 8,9 v. H. auf 10.388,9 Mio. DM wuchs. Damit sind die starken Einbrüche in den vorhergehenden Jahren aber noch keineswegs kompensiert. Die Einnahmen der Gewerbesteuer liegen immer noch unter dem Niveau, das Anfang der 90er Jahre erreicht worden war. Steigern konnten die Kommunen darüber hinaus ihre Einnahmen aus der Grundsteuer, wenngleich das Wachstum hinter dem des letzten Jahres leicht zurückblieb. Im Hinblick auf die Steuereinnahmen der Kommunen war einzig bei ihrem Anteil an der Einkommensteuer ein Rückgang zu beobachten, der mit 5 v. H. recht stark ausfiel und im wesentlichen auf die Änderungen im Einkommensteuerrecht zurückzuführen ist. Bezieht man die Kompensationsleistungen an die Gemeinden (Familienleistungsausgleich) in die Betrachtung ein, erhöht sich jedoch der Einkommensteuer-Anteil im Vergleich zu 1995 leicht um etwa 235 Mio. DM. Insgesamt löst der Anstieg der laufenden Einnahmen nicht die Haushaltsprobleme der Gemeinden.

Steuereinnahmen der Gemeinden (GV)
- Jahresergebnis 1996 der vierteljährlichen Kassenstatistik in Mio. DM -

	1995	1996	Veränderung	
			Mio. DM	v. H.
Grundsteuer A	60,5	61,3	0,8	+ 1,3
Grundsteuer B	3.201,7	3.423,8	222,1	+ 6,9
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	11.757,5	12.861,2	1.103,7	+ 9,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	11.100,8	10.551,1	- 549,7	- 5,0
sonstige Steuern und steuerähnliche Einrichtungen	315,5	317,9	2,4	+ 0,8
Steuern zusammen	26.435,9	27.215,1 *	779,2	+ 2,9
abzüglich Gewerbesteuerumlage	2.220,4	2.472,3	251,9	+ 11,3
Steuern netto	24.215,5	24.742,8	527,3	+ 2,2

* zusätzlich Gemeindeanteil a. d. Kompensation (Familienleistungsausgleich) i. H. v. 785 Mio. DM

Dementsprechend und wegen der nach wie vor großen Deckungslücke haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr die Ausgaben sowohl der Verwaltungs- als auch der Vermögenshaushalte reduziert. Erheblich stärker als die konsumtiven wurden dabei mit minus 7,4 v. H. die investiven Ausgaben zurückgenommen, da sie sehr viel disponibler sind. Bei den laufenden Ausgaben war der Rückgang mit 0,7 v. H. wesentlich schwächer, angesichts der Steigerungen in den Vorjahren von 3 bzw. 4 v. H. ist dies jedoch ebenfalls beachtlich.

Wichtig ist, daß Erleichterungen für die Kommunen bei den beiden ausgabenintensivsten Bereichen Personal und Soziales eingetreten sind. Der starke Rückgang der Sozialausgaben berührt in erster Linie Entlastungseffekte der Pflegeversicherung.

Im einzelnen verlief die Ausgabenentwicklung wie folgt:

Ausgewählte Ausgaben der Gemeinden (GV)
- Jahresergebnis 1996 der vierteljährlichen Kassenstatistik in Mio. DM -

	1995	1996	Veränderung	
			Mio. DM	v. H.
Personalausgaben	20.167,9	20.023,1	- 144,8	- 0,7
laufender Sachaufwand	11.694,5	11.751,1	+ 56,6	+ 0,5
Sozialleistungen	18.398,0	17.246,0	- 1.152,0	- 6,3
Zinsausgaben	3.580,8	3.580,4	- 0,4	0,0
Baumaßnahmen	7.346,3	6.687,3	- 659,0	- 9,0
darunter:				
Abwasserbeseitigung	1.689,8	1.421,3	- 268,5	- 15,9
Schulbau	1.208,9	1.170,3	- 38,6	- 3,2
Sachinvestitionen insgesamt	9.330,5	8.641,3	- 689,2	- 7,4

Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen hat sich im letzten Jahr wieder leicht geschlossen. In einer globalen Betrachtung hat sich die Haushaltssituation der Kommunen also gebessert, wenn auch noch nicht normalisiert. Viele Kommunen werden sich aber noch einige Jahre anstrengen müssen, die Altdefizite abzubauen. Andere Kommunen mußten erstmals ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, das nach § 75 GO nötig ist, wenn der Haushalt nicht ausgeglichen werden kann. So stieg die Zahl der Kommunen, die mit einem Haushaltssicherungskonzept arbeiten müssen, stark an. Im Jahr 1995 waren es insgesamt 99 Gemeinden und Gemeindeverbände mit einem Haushaltssicherungskonzept, 1996 lag diese Zahl allein bei den Städten und Gemeinden bei 118 und zur Mitte des Jahres 1997 schon bei 135. Diese Feststellungen sind ein Indiz dafür, daß die Entwicklung sehr inhomogen ist und einige Kommunen erst noch die Konsolidierung in Angriff nehmen müssen. Darüber hinaus ist fraglich, wie dauerhaft die Entlastungen im Bereich der Sozialaufwendungen und die Zuwächse bei den Steuereinnahmen sind. Aufgrund steuerpolitischer Entscheidungen können auch in den nächsten Jahren weitere Einnahmeausfälle nicht ausgeschlossen werden. Vor diesem Hintergrund werden die Kommunen strikt auf Konsolidierungskurs bleiben müssen.

3. Rahmenbedingungen für den kommunalen Finanzausgleich

3.1 Anteilsverhältnis an den Verbundsteuern

Die Gemeinden (GV) stehen ebenso mit dem Land wie das Land mit dem Bund in einem engen Finanzverbund. Alle Haushaltsebenen müssen auf die Bedürfnisse und auf die Finanzierungsmöglichkeiten der jeweils anderen Rücksicht nehmen. Die Landesverfassung stellt deshalb den Finanzausgleich mit den Gemeinden (GV) unter den ausdrücklichen Vorbehalt der "finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes" (Art. 79 Satz 2 Landesverfassung).

Bei der Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs hat das Land zwei miteinander verbundene Entscheidungen zu treffen. Sie betreffen einmal die Höhe der Gesamtzuweisungen und zum anderen ihre Aufteilung auf die Kommunen. Daraus folgt, daß der Umfang der Finanzausstattung einer jeden Kommune, also ihr finanzieller Spielraum für die Selbstverwaltung, in ein Gesamtverteilungssystem eingebunden ist. Der Inhalt der verfassungsgemäßen Gewährleistung einer angemessenen kommunalen Finanzausstattung kann deshalb nicht allein aus der Sicht einer Kommune über eine wünschenswerte Finanzausstattung bestimmt werden. Sie steht - was das Gesamtvolumen der kommunalen Mittel anbetrifft - auch unter der Prämisse, die Belange des Landes einzubeziehen.

Die finanzwirtschaftliche Situation des Landes hat sich wie die aller öffentlichen Gebietskörperschaften in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Die Hauptursache liegt in der negativen Entwicklung der Steuereinnahmen, die deutlich hinter der ursprünglichen Schätzung zurückgeblieben ist. Hierfür sind die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft und die damit einhergehende hohe Arbeitslosigkeit maßgeblich.

Der nordrhein-westfälische Landeshaushalt ist in besonderer Weise von der Entwicklung der Steuereinnahmen abhängig. Seine Steuerfinanzierungsquote, der Anteil der Steuereinnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben, liegt seit Jahren erheblich über dem Durchschnitt der übrigen alten Länder. Das zeigt nicht nur die geringen Finanzierungsmöglichkeiten durch andere Haushaltseinnahmen auf, sondern verdeutlicht auch die strukturelle Abhängigkeit des Landeshaushaltes vom Steueraufkommen.

Die Steuermindereinnahmen im Jahre 1996 von 2,0 Mrd. DM und der geschätzte Minderbetrag für 1997 von 1,8 Mrd. DM haben zu einschneidenden Sparanstrengungen geführt. Sie werden im Nachtragshaushalt 1997 und im Entwurf des Haushaltsplans 1998 umgesetzt.

Die Dispositionsmöglichkeiten des Landes sind auf der Ausgabenseite des Haushaltes jedoch begrenzt. Bundesgesetzlich festgelegte Leistungsverpflichtungen binden den Landeshaushalt. Insbesondere der mit 40 % größte Ausgabenblock im Landeshaushalt, die Personalausgaben, wird weitgehend durch Bundes- und Tarifrecht bestimmt. Die von der Landesregierung eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen im Personalbereich (Stelleneinsparungen, Organisationsuntersuchungen) können erst auf längere Sicht die Ausgabensituation des Landes beeinflussen.

Um den unabweisbaren Anforderungen an den Landeshaushalt zu entsprechen, werden zusätzlich Erlöse aus Veräußerungen von Forderungen und Beteiligungen des Landes eingesetzt. Dies mindert die ansonsten unumgängliche Schuldenaufnahme und dämpft die Dauerlasten des Landes durch Zinsen und Tilgung für Kreditmarktmittel. Dennoch werden Zins- und Tilgungsleistungen den Landeshaushalt auf Dauer belasten. Die entsprechenden Haushaltsansätze müssen für 1998 mit 6,5 v. H. überproportional angehoben werden und entziehen damit allein knapp ein Zehntel des Ausgabevolumens den Gestaltungsmöglichkeiten des Landes.

3.2.1 Belastung des Landes durch die einigungsbedingten Lasten

Die Vorfestlegung des Landeshaushaltes durch finanzpolitische Entscheidungen auf Bundesebene wird besonders deutlich an den Auswirkungen des neugestalteten Länderfinanzausgleichs und der Abwicklung des Fonds "Deutsche Einheit". Im Landeshaushalt 1998 sind die einigungsbedingten Finanzlasten mit insgesamt 5,2 Mrd. DM veranschlagt; davon entfallen 2,1 Mrd. DM auf die Annuitätsleistungen für den Fonds "Deutsche Einheit" und 3,1 Mrd. DM auf Leistungen für den Länderfinanzausgleich.

Während die Leistungen für den zu tilgenden Fonds "Deutsche Einheit" kalkulierbar sind, birgt der Länderfinanzausgleich große Risiken. Die Finanzkraftverhältnisse zwischen den vier Zahlerländern könnten sich weiter zu Ungunsten des Landes NRW verschieben. Trotz der schwachen Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes drohen daraus weitere Belastungen. Sie können zur Zeit jedoch weder für den Haushalt 1997 noch für den Haushaltsentwurf 1998 mit hinreichender Genauigkeit geschätzt werden.

3.2.2 Auswirkung der einigungsbedingten Lasten

An diesen einigungsbedingten Finanzierungslasten werden die Kommunen auch 1998 mit 42 v.H. beteiligt; das entspricht ihrem Anteil an der gesamten Steuerkraft im Land. Insgesamt müssen die Kommunen 1998 einen Solidarbeitrag von 2.192,4 Mio. DM aufbringen.

Davon entfallen

- auf die Mitfinanzierung der Landesleistungen zum Fonds "Deutsche Einheit" 890.400.000 DM.
- auf die Mitfinanzierung des Landesbeitrags zum bundesstaatlichen Finanzausgleich nach dem FKPG 1.302.000.000 DM.

Der gesamte Solidarbeitrag der Kommunen 1998 entspricht damit in etwa der Höhe des Solidarbeitrages 1997.

3.3 Gesamtbewertung

Der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes und des Solidarbeitraggesetzes berücksichtigt die derzeit erkennbaren finanzwirtschaftlichen Perspektiven und verfolgt das Ziel, eine gleichmäßige Finanzentwicklung auf staatlicher und kommunaler Ebene zu sichern.

4. Berechnung des allgemeinen Steuerverbundes

- 4.1** Die Verbundmasse im allgemeinen Steuerverbund für das Haushaltsjahr 1998 leitet sich von den maßgeblichen Ansätzen des Landeshaushaltsplans ab:

<i>Ermittlung der zur Verfügung stehenden Verbundmasse 1998</i> <i>* Vergleich zu 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz) *</i>				
	GFG 1997 (Nachtrag) Mio DM	GFG (EW) 1998 Mio DM	Veränderung absolut Mio DM	Veränderung v.H.
A. Gemeinschaftssteuern				
Lohnsteuer	26.400,0	27.600,0	+ 1.200,0	+ 4,5
veranlagte Einkommensteuer	2.150,0	2.300,0	+ 150,0	+ 7,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	3.600,0	3.700,0	+ 100,0	+ 2,8
Körperschaftsteuer	3.850,0	4.100,0	+ 250,0	+ 6,5
Umsatzsteuer	19.070,0	19.460,0	+ 390,0	+ 2,0
Einfuhrumsatzsteuer	3.800,0	4.000,0	+ 200,0	+ 5,3
Summe A.	58.870,0	61.160,0	+ 2.290,0	+ 3,9
AA. Familienleistungsausgleich	- 780,0	- 780,0	+ 0,0	+ 0,0
bereinigte Summe A.	58.090,0	60.380,0	+ 2.290,0	+ 3,9
B. Weitere Verbundgrundlagen				
Grunderwerbsteuer (anteilig)	1.427,0	1.429,0	+ 2,0	+ 0,1
Summe B.	1.427,0	1.429,0	+ 2,0	+ 0,1
Verbundgrundlagen (Summe A u. B.)	59.517,0	61.809,0	+ 2.292,0	+ 3,9
Verbundsatz (v.H.)	23,0	23,0	*	*
originäre Verbundmasse (umbereinigt)	13.688,9	14.216,1	+ 527,2	+ 3,9
<u>RÜCKZAHLBARE ZUFÜHRUNGEN AUS DEM LANDESHAUSHALT</u>				
Mittel des Landes zur Aufstockung der Verbundmasse	entfällt	entfällt	*	*
aufgestockte Verbundmasse	entfällt	entfällt	*	*
<u>RÜCKZAHLUNGEN AN DEN LANDESHAUSHALT</u>				
aus der Verbundmasse zurückzuzahlende Mittel an den Landeshaushalt	- 301,0	0,0	+ 301,0	- 100,0
zur Verfügung stehende Verbundmasse	13.387,9	14.216,1	+ 828,2	+ 6,2

Die originäre Verbundmasse im allgemeinen Steuerverbund beträgt danach 1998 insgesamt 14.216.100.000 DM (unbereinigt) und ist damit um 527.200.000 DM bzw. 3,9 v. H. höher als im Vorjahr. Gegenüber der bereinigten Verbundmasse 1997 von 13.387.900.000 DM (13.688.900.000 DM abzüglich 301,0 Mio. DM Rückzahlung an Landeshaushalt) stehen damit 1998 insgesamt 828,2 Mio. DM bzw. 6,2 v.H. mehr zur Verfügung.

- 4.2** Die Ist-Abrechnung des Steuerverbundes aus dem Jahre 1996 wird wie in den Vorjahren (seit 1993) separat vorgenommen. Durch die separate Abrechnung früherer Steuerverbünde soll die Ableitung des aktuellen Steuerverbundes nicht mit periodenfremden Berechnungselementen verfälscht werden. Die separate Abrechnung ist nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände auch interkommunal sachgerecht, weil die Schlüsselzuweisungen damit periodengerecht am Finanzbedarf und der Steuerkraft des jeweils zutreffenden Finanzausgleichsjahres bemessen werden.

Für 1998 führt die Abrechnung des Steuerverbundes 1996 zu einer kommunalen Belastung von 432,2 Mio. DM. Damit ist die negative Abrechnung 1998 um 232,2 Mio. DM höher als im Vorjahr:

**Abrechnung des Steuerverbundes des vorvorangegangenen Jahres im
Gemeindefinanzierungsgesetz 1998**

	GFG 1997 Mio DM	EW-GFG 1998 Mio DM	Veränderung absolut Mio DM
Gemeindeanteil aus dem Abrechnungsergebnis	- 200,0	- 432,2	- 232,2
Abrechnungsbetrag	- 200,0	- 432,2	- 232,2

**Aufteilung der Abrechnung des allgemeinen Steuerverbundes 1996
aufgrund der
Aufteilungsverhältnisse 1996 - Gemeindefinanzierungsgesetz 1996 -**

Zuweisungsart	GFG 1996 Mio DM	GFG 1996 Anteile v.H.	Abrechnung GFG 1996 im EW-GFG 1998 Mio. DM
Schlüsselzuw. und MP Allgemein / Abrechnungsbetrag	11.310,5	100,0	- 432,2
1. Schlüsselzuweisungen	10.771,3	95,2	- 411,6
* Gemeinden	8.236,8	72,8	- 314,7
* Kreise	1.260,2	11,1	- 48,2
* Landschaftsverbände	1.274,3	11,3	- 48,7
2. Investitionspauschale:			
MP Allgemein	539,2	4,8	- 20,6
Gesamtabrechnung	11.310,5	100,0	- 432,2

Die Verrechnung der positiven oder negativen Abrechnungsbeträge wird nur bei den Schlüsselzuweisungen und der allgemeinen Investitionspauschale vorgenommen, da an diesen Zuweisungen alle Kommunen partizipieren.

1998 sind 411,6 Mio. DM Schlüsselzuweisungen zurückzuzahlen (1997: 193,7 Mio. DM). Das entspricht einem Mehr gegenüber 1997 von 217,9 Mio. DM. Unter Berücksichtigung einer Steigerung der Schlüsselzuweisungen 1998 von 323,4 Mio. DM verbleibt den Kommunen 1998 netto ein Schlüsselzuweisungszuwachs von 105,5 Mio. DM.

5. Aufteilung der Steuerverbundmasse

5.1 Vorwegabzüge

Die Vorwegabzüge verringern sich gegenüber 1997 um 41,7 Mio. DM.

Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Höhe des kommunalen Beitrags zu den einigungsbedingten Lasten risikobehaftet ist, weil sich Veränderungen im Finanzkraftgefüge unter den Ländern nicht exakt quantifizieren lassen (siehe auch A 3.1).

Als Vorwegabzüge von der Verbundmasse nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzesentwurfes sind 1998 vorgesehen:

- für Tantiemen, die das Land für die Gemeinden und Gemeindeverbände auf Grund vertraglicher Verpflichtungen zu leisten hat 4 000 000 DM,
- für kommunale Kirchenbaulasten 4 900 000 DM,
- als gemeindlicher Anteil an den einigungsbedingten Lasten 847 400 000 DM.

Insgesamt betragen die Vorwegabzüge im allgemeinen Steuerverbund 1998 856,3 Mio. DM (1997 = 898,0 Mio. DM).

5.2 Verfügbarer Verbundbetrag

Unter Berücksichtigung der Vorwegabzüge beträgt der verfügbare Verbundbetrag 13.359,8 Mio. DM, das sind 869,9 Mio. DM bzw. 7,0 v.H. mehr als im Vorjahr.

Vom verfügbaren Verbundbetrag sollen 93,5 v. H. für allgemeine Zuweisungen und 6,5 v. H. für zweckgebundene Zuweisungen bereitgestellt werden.

Damit erhalten die Kommunen wie in den Vorjahren den überwiegenden Teil des Verbundbetrages in Form allgemeiner Deckungsmittel bzw. frei verfügbarer Investitionsmittel. Über die Verwendung dieser Mittel entscheiden die Kommunen in eigener Zuständigkeit. Der hohe Anteil dieser frei verfügbaren Mittel sichert den Selbstverwaltungsfreiraum der Kommunen.

Die Aufteilung der Mittelansätze im Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 ist nachfolgender Darstellung zu entnehmen.

**Aufteilung des allgemeinen Steuerverbundes 1998
im Vergleich zu 1997 (Nachtragshaushaltsgesetz 1997)**

Zuweisungsart	GFG 1997 (Nachtrag) Mio. DM	GFG (EW) 1998 Mio. DM	Veränderung	
			absolut Mio. DM	v.H.
zur Verfügung stehende Verbundmasse	13.387,9	14.216,1	828,2	6,2
1. Vorwegabzüge (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 GFG)				
Tantleimen	-5,2	-4,0	+ 1,2	+ 23,1
Kommunale Kirchenbaulasten	-4,9	-4,9	+ 0,0	+ 0,0
Abzug für Einheitslasten	-887,9	-847,4	+ 40,5	+ 4,6
Vorwegabzüge	-898,0	-856,3	+ 41,7	+ 4,6
verfügbarer Verbundbetrag	12.489,9	13.359,8	+ 869,9	+ 7,0
2. Allgemeine Zuweisungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 GFG)				
Schlüsselzuweisungen insgesamt:	10.776,8	11.102,2	+ 323,4	+ 3,0
* Gemeinden	8.242,5	8.489,8	+ 247,3	+ 3,0
* Kreise	1.261,1	1.298,9	+ 37,8	+ 3,0
* Landschaftsverbände	1.275,2	1.313,5	+ 38,3	+ 3,0
Anpassungshilfe (Umsetzung Reform KFA)	150,0	97,1	- 52,9	- 35,3
Pauschale Förderung investiver Maßn. gesamt:	398,1	884,0	+ 485,9	+ 122,1
* IVP Allgemein	242,5	538,6	+ 296,1	+ 122,1
* IVP Sozialhilfeträger	53,6	119,0	+ 65,4	+ 122,0
* IVP für Belastung Abwasser	102,0	226,4	+ 124,4	+ 122,0
Strukturfonds	50,0	100,0	+ 50,0	+ 100,0
Zuweisungen zur Begleitung des Strukturwandels und der Strukturanpassung	*	45,0	*	*
Bedarfszuweisungen aufgr. bes. Bedarfe gesamt	*	220,7	*	*
* Gemeinden	*	98,2	*	*
* Landschaftsverbände	*	122,5	*	*
Einmalige Bedarfszuweisungen	*	36,8	*	*
Bedarfszuweisungen (§16 GFG 1997)	111,0	*	*	*
Bedarfszuweisungen an die Landschaftsverbände (§ 17 GFG 1997)	122,5	*	*	*
Zuweisungen aus bes. Anlaß (§ 18 GFG 1997)	64,0	*	*	*
Allgemeine Zuweisungen	11.674,4	12.485,3	+ 811,4	+ 7,0
3. Zweckzuweisungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 GFG)				
Stadterneuerung	314,2	350,7	+ 36,5	+ 11,6
Denkmalpflege	12,6	13,3	+ 0,7	+ 5,5
Bodendenkmalpflege	7,6	8,0	+ 0,4	+ 5,5
Landestheater	25,4	25,4	+ 0,0	+ 0,0
Schulbau	367,4	386,7	+ 19,3	+ 5,3
Komm. Museumsbau	15,3	16,1	+ 0,8	+ 5,5
Sportstättenbau	31,4	33,0	+ 1,6	+ 5,1
Emscher-Lippe ökologische Gestaltung	13,3	11,0	- 2,3	- 17,3
Altablagerungen/Altstandorte	28,3	29,8	+ 1,5	+ 5,3
Zweckzuweisungen	815,5	874,0	+ 58,5	+ 7,2
Allg. Zuweisungen und Zweckzuweisungen	12.489,9	13.359,8	+ 869,9	+ 7,0
Verhältnis allgemeiner zu zweckgebundenen Zuweisungen	93,5 6,5	93,5 6,5		

5.3 Allgemeine Zuweisungen

Gegenüber dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 1997 steigen die Schlüsselzuweisungen um 3,0 v.H. Hierfür sind Mittel in Höhe von 323,4 Mio. DM erforderlich.

Für die letztmalige Gewährung einer Anpassungshilfe 1998 im Zusammenhang mit der Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen sind - entsprechend dem Beschluß des Landtags vom 20.03.1996 (Drs. 12/820) - 97,1 Mio. DM (entspricht einem Ausgleich von einem Drittel) vorgesehen (siehe auch A 6.1).

Die Investitionspauschalen werden um 485,9 Mio. DM auf 884,0 Mio. DM angehoben. Sie erreichen damit wieder das Volumen der Vorjahre (u.a. 1996: 853 Mio. DM).

Entsprechend dem Landtagsbeschluß vom 20.03.1996 zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs (Drucksache 12/820) wird der 1997 eingeführte Strukturfonds auf insgesamt 100 Mio. DM aufgestockt.

Für pauschale Investitionszuweisungen zur Begleitung des Strukturwandels und der Strukturanpassung werden 45 Mio. DM bereitgestellt.

Für Bedarfszuweisungen stehen insgesamt 257,5 Mio. DM zur Verfügung.

Die allgemeinen Zuweisungen für 1998 betragen somit insgesamt 12.485,8 Mio. DM. Das entspricht rein rechnerisch gegenüber 1997 einer Steigerung von 811,4 Mio. DM oder 7,0 v.H.. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß den allgemeinen Zuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz künftig auch die Mittel für investive Maßnahmen zugeordnet werden, die Gemeinden und Kreise pauschal und ohne Zweckbindung im zuwendungsrechtlichen Sinne erhalten. Nach früherer Darstellung hätten sich für allgemeine Zuweisungen 11.527,2 Mio. DM ergeben. Gegenüber 1997 hätte dies eine Steigerung von 275,5 Mio. DM oder 2,4 v.H. bedeutet.

5.4 Zweckgebundene Zuweisungen

Die zweckgebundenen Zuweisungen werden mit den ursprünglich vorgesehenen Ansätzen des Jahres 1997 "überrollt". Gegenüber den durch das Nachtragshaushaltsgesetz 1997 reduzierten Ansätzen bedeutet dies eine Haushaltssteigerung.

Auf folgende Veränderungen wird hingewiesen:

- Die bisher im Rahmen der Zuweisungen aus besonderem Anlaß (§ 18 GFG 1997) vorgesehene Unterstützung von Maßnahmen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf wird dem Förderbereich Stadterneuerung zugeordnet. Der Gesamtansatz für Mittel zur Förderung der Stadterneuerung ist deshalb um zusätzlich 20 Mio. DM angehoben worden.
- Die Zuweisungen zur ökologischen Gestaltung des Emscher-Lippe-Raumes dienen der Ausfinanzierung des Programmes. Zur Deckung der durch Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Jahres 1998 eingegangener Vorbelastungen sind 11 Mio. DM erforderlich. Insofern ergibt sich hier keine Steigerung gegenüber dem Ansatz 1997.

Insgesamt stehen 1998 für zweckgebundene Zuweisungen 874,0 Mio. DM zur Verfügung. Das entspricht einer Steigerung gegenüber 1997 von 58,5 Mio. DM oder 7,2 v.H.. Auch hier ist zu berücksichtigen, daß sich bei Beibehaltung der früheren Darstellung zweckgebundene Zuweisungen in Höhe von 1.832,6 Mio. DM ergeben hätten. Gegenüber 1997 hätte dies eine Steigerung von 594,4 Mio. DM oder rd. 48,0 v.H. bedeutet. Unter Einschluß der neuen Verpflichtungsermächtigungen ergibt sich für die Förderbereiche des allgemeinen Steuerverbundes folgender Bewilligungsrahmen:

BEWILLIGUNGSRAHMEN BEI ZWECKGEBUNDENEN ZUWEISUNGEN IM ALLGEMEINEN STEUERVERBUND 1998					
Förderbereiche	Gesamt Haushaltsansatz 1998 Mio. DM	Vorbelastung 1998 Soll Mio. DM	ungebundene Mittel einschließlich Ansatzverstärkungen 1998 Mio. DM	Neue Verpflichtungs- ermächtigungen 1998 Mio. DM	voraussichtlicher Bewilligungs- rahmen 1998 Mio. DM
Stadterneuerung	330,7	330,0	30,7	276,4	306,1
Besonderer städtebaulicher Erneuerungsbedarf	20,0	-	20,0	-	20,0
Denkmalpflege	13,3	6,3	7,0	5,0	12,0
Bodendenkmalpflege	8,0	-	8,0	-	8,0
Landestheater	25,4	-	25,4	-	25,4
Schulbau	386,7	142,0	244,7	129,6	374,3
Komm. Museumsbau	16,1	2,0	14,1	5,8	19,9
Sportstättenbau	33,0	14,9	18,1	14,4	32,5
Emischer-Lippe ökologische Gestaltung	11,0	11,0	19,0	-	19,0
Altablagerungen/Altstandorte	29,8	14,5	17,3	12,2	29,5
Gesamt	874,0	620,7	404,3	442,4	846,7

Mit einem Bewilligungsrahmen von 846,7 Mio. DM stehen auch 1998 ausreichend Mittel zur projektbezogenen Förderung investiver Maßnahmen zur Verfügung.

6. Strukturelle Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 1998

6.1 Umsetzung der Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen

Aufgrund des Landtagsbeschlusses vom 20.03.1996 zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs (Drucksache 12/820) wird die dritte und letzte Stufe der Strukturveränderungen im gemeindlichen Schlüsselzuweisungssystem umgesetzt. Für 1998 werden demnach bei der Steuerkraftbemessung erstmals einheitliche Hebesätze für alle Realsteuern festgesetzt.

Darüber hinaus sind im Gesetzentwurf folgende weitere Maßnahmen des Landtagsbeschlusses umgesetzt:

- Es werden letztmalig Mittel in Höhe von 97,1 Mio. DM zur Gewährung von Anpassungshilfen im Zusammenhang mit der Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen bereitgestellt. Soweit sich bei Beibehaltung der 1995 geltenden Berechnungsstrukturen für einzelne Gemeinden höhere Schlüsselzuweisungen ergeben hätten, wird die Differenz zu einem Drittel ausgeglichen.
- Der zur Milderung vorhandener Strukturdefizite bereits 1997 eingerichtete Strukturfonds wird 1998 um 50,0 Mio. DM auf 100,0 Mio. DM angehoben. Die mit dem Kommunalpolitischen Ausschuß des Landtags abgestimmten Verteilkriterien (vgl. Vorlage des Innenministeriums vom 24.02.1997 - Vorlage 12/1285 - bleiben bestehen; allerdings werden die entsprechenden Daten aktualisiert.

6.2 Sonstige strukturelle Änderungen

Neu in das Gesetz aufgenommen wird eine pauschale Investitionszuweisung zur Begleitung des Strukturwandels und der Strukturanpassung. Sie soll neben den Mitteln des Strukturfonds (§ 18) Gemeinden mit besonderen Belastungen aufgrund altindustrieller Monostrukturen (z. B. Kohle, Stahl) und Gemeinden mit strukturellen Anpassungserfordernissen aufgrund wirtschaftlicher und landschaftlicher Besonderheiten im ländlichen Raum bereitgestellt werden. Die Mittelverteilung soll vorerst nach den im Rahmen der Bedarfszuweisungen aus besonderem Anlaß angewandten Kriterien (Ziel II - Förderung und Freiraumpauschale) erfolgen.

Der haushaltsrechtlichen Einstufung als investive Mittel folgend wird die neue Zuweisung wie die Investitionspauschalen und die Mittel des Strukturfonds gesetzssystematisch dem Abschnitt "Pauschale Zuweisungen für investive Maßnahmen" zugeordnet.

7. Gesetzestechnische Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 1998

7.1 Verdeutlichung formeller Verfahrensregelungen im Gesetz

Zur Sicherstellung einheitlicher Verfahrensweisen bei der Durchführung des Gesetzes sind einige textliche Klarstellungen und Ergänzungen im Gesetz vorgesehen.

So wird in § 38 GFG ausdrücklich eine Auskunftspflicht der Kommunen zur Ermittlung der Zuweisungen und das Verfahren bei Unterlassung oder Verweigerung der erforderlichen Auskunftserteilung durch die Kommunen festgelegt.

Zur Sicherstellung eines geregelten Auszahlungsverfahrens wird außerdem in § 38 die Möglichkeit der Zahlung von Abschlägen aufgenommen.

Die sich aus dem Landesorganisationsgesetz ergebende Befugnis zum Erlaß von Leistungs- und Festsetzungsbescheiden nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz wird durch die in § 38 erfolgte Aufnahme einer gesetzlichen Regelung verdeutlicht.

Die Erweiterung der Berichtigungsvorschrift in § 39 berücksichtigt, daß das Gemeindefinanzierungsgesetz im Rahmen des allgemeinen Steuerverbundes inzwischen eine Vielzahl von Zuweisungen vorsieht, deren Verteilung nicht oder nicht unmittelbar einwohnerbezogen im Sinne des Gemeindefinanzierungsgesetzes erfolgt.

Als Gebietsfläche im Sinne des Gemeindefinanzierungsgesetzes wird der Gebietstand einer Kommune zu einem bestimmten Stichtag festgelegt. Auch bisher war das Vorliegen bestimmter katasterrechtlicher Voraussetzungen zur Anerkennung einer bestimmten Gebietsfläche erforderlich. Die neue Definition der Gebietsfläche (§ 40 GFG) soll das verdeutlichen.

7.2 Systematischer Aufbau und Lesbarkeit

Zur Verdeutlichung systematischer Zusammenhänge und im Interesse besserer Lesbarkeit sieht der Gesetzentwurf einen veränderten Aufbau hinsichtlich der allgemeinen und der zweckgebundenen Zuweisungen vor:

- Künftig werden auch die Mittel für investive Maßnahmen, soweit sie den Gemeinden pauschal und ohne Zweckbindung im zuwendungsrechtlichen Sinne zugewiesen werden, als allgemeine Zuweisungen dargestellt.

So werden im Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 die bisherigen Investitionspauschalen, der Strukturfonds und die neu geschaffene pauschale Zuweisung zur Begleitung des Strukturwandels und der Strukturpassung gesetzestechnisch nach "vorne" gezogen. Damit ergibt sich eine deutliche Abgrenzung zu den projektgebundenen Zweckzuweisungen.

Bei Bedarfszuweisungen wird unterschieden zwischen:

- * Zuweisungen für die im Gesetz ausdrücklich benannten Bedarfstatbestände einschließlich der besonderen Bedarfszuweisungen an die Landschaftsverbände.
- * Zuweisungen, die zur Reaktion auf unerwartete, außergewöhnliche Bedarfe bzw. Belastungssituationen einzelner Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verfügung stehen.

8. Gesamtzuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände

Die insgesamt nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz und nach Maßgabe des Landeshaushaltsplans veranschlagten Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1998 zeigt folgende Übersicht:

Übersicht über die Gesamtzuweisungen des Landes an die Gemeinden (GV) im Haushaltsjahr 1998						
	Zuweisungen	Vorschrift im GFG 1997/98	Haushaltsjahr		Veränderung	
			1997 Mio DM	1998 Mio DM	absolut Mio DM	v.H.
1.	aus dem allgemeinen Steuerverbund	§ 2	13.688,9	14.216,1	527,2	3,9
	kreditierter Betrag	§ 2	0,0	0,0	0,0	*
	Rückzahlung kreditierter Betrag	§ 2	-301,0	0,0	301,0	-100,0
	Abzug für Einheitslasten	§ 2	-887,9	-847,4	40,5	-4,6
	sonstige Vorwegabzüge	§ 2	-10,1	-8,9	1,2	-11,9
	Abrechnung	§ 42/§ 31	-200,0	-432,2	-232,2	116,1
	Gesamt		12.289,9	12.927,6	637,7	5,2
2.	nach näherer Bestimmung des GFG					
	- zu den Kosten der Verteidigungslasten und Lastenausgleichsverwaltung	§ 30/§ 32	25,0	23,6	-1,4	-5,6
	Kompensation für Familienleistungsausgleich	§ 43/§ 33	780,0	780,0	0,0	0,0
	Gesamt		805,0	803,6	-1,4	-0,2
3.	nach Maßgabe des Haus- haltsplans des Landes	§ 31/§ 34	9.231,5	8.545,7	-685,8	-7,4
	Summe		22.326,4	22.276,9	-49,5	-0,2

B. Im Einzelnen

(die Erläuterungen beziehen sich auf die Fassung der Vorschriften nach dem Nachtragshaushaltsgesetz 1997)

Zu § 1

Unverändert.

Zu § 2

Die Formulierung in Absatz 1 Satz 1 ist an die Änderung des Grunderwerbsteuerrechts angepaßt. Nach der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes von 2,0 v. H. auf 3,5 v. H. ab 1997 werden die Steuereinnahmen mit 4/7 in die Verbundgrundlagen einbezogen, da die Mehreinnahmen teilweise die Verluste des Landes durch den Wegfall der Vermögensteuer kompensieren. Die in der Formulierung abweichende Regelung für 1997 hat der Tatsache Rechnung getragen, daß im Jahre 1997 noch Restbeträge aus der Grunderwerbsteuer nach altem Recht (Steuersatz 2,0 v. H.) aufgekomen sind, die in vollem Umfang in die Verbundgrundlagen eingehen. Materielle Änderungen sind mit der textlichen Anpassung nicht verbunden.

Absatz 2 entspricht bis auf die Höhe des Betrages der Regelung im bisherigen Absatz 3. Die tatsächlichen Zahlungen zur Bibliothekstantieme sind in letzter Zeit hinter den Haushaltsansätzen zurückgeblieben und wurden im Rahmen der Abrechnung dem allgemeinen Steuerverbund wieder zugeführt. Die Reduzierung des Ansatzes trägt dem Rechnung.

Absatz 3 entspricht bisherigem Absatz 4.

Absatz 4 entspricht bis auf die Höhe des Betrages dem bisherigem Absatz 5.

Absatz 5 entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen den bisherigen Absätzen 6 und 7.

Zu § 3

Beim Bezug auf die einzelnen Paragraphen wurden redaktionelle Anpassungen vorgenommen. Bis auf die Aktualisierung der Beträge ansonsten unverändert (siehe hierzu A 4 und A 5).

Zu § 4

Bis auf die Einbeziehung der Kompensationsleistungen im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Familienleistungsausgleichs und redaktionelle Anpassungen unverändert.

Zu § 5

Bis auf die Paragraphenangabe unverändert.

Zu § 6

Die Schlüsselzuweisungen an Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände werden linear um 3,0 v. H. gesteigert; im übrigen wird auf die allgemeine Begründung (A5, A 6 und A 7) verwiesen.

Zu § 7

unverändert

Zu § 8

Absätze 1 bis 4 bis auf sprachliche Anpassungen unverändert.

Für den Schüleransatz im Finanzausgleich 1998 (Anlage 2 und 3 zu § 8 Abs. 4) wird die Gewichtung der Schulkosten je Schüler der einzelnen Schulformen auf der Grundlage der Rechnungsergebnisse des Jahres 1996 vorgenommen. Die Schulträger haben im Verwaltungshaushalt 1996 im Durchschnitt folgende Ausgaben je Schüler und Schulform geleistet:

	DM je Schüler ⁷
Grundschulen einschließlich Schulkindergärten	?
noch nicht gegliederte Volksschulen einschließlich Schulkindergärten	?
Hauptschulen	?
Realschulen	?
(Haupt- und Realschulen zusammengefaßt)	?)
Gymnasien	?
Gesamtschulen	?
Berufsschulen	?
Berufsgrundschuljahr	?
Vorklassen der Berufsgrundschuljahre	?
Bezirksfachklassen, deren Schulbezirk das Land Nordrhein-Westfalen umfaßt	?
übrige Bezirksfachklassen	?
Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen	?
Sonderschulen für Lernbehinderte	?
übrige Sonderschulen einschließlich Sonderschulkindergärten	?
Kollegschulen	?

⁷ Ermittlung noch nicht abgeschlossen (wird ergänzt)

Schulen des 2. Bildungsweges

a) Abendrealschulen	?
b) Abendgymnasien	?
c) Kollegs	?

Setzt man die durchschnittlichen Schulkosten je Haupt- und Realschüler in Höhe von X.XXX,XX⁸ = 100, so ergibt sich aus der Relation zu den Gesamtkosten je Schüler der anderen Schulformen die in Anlage 2 zu § 8 Abs. 4 enthaltene Staffel.

Die Kosten der Ganztagschulen je Schüler und Schulform betragen im Jahre 1996 im Durchschnitt:

	DM je Schüler ⁹
Grundschulen einschließlich Schulkindergärten	?
noch nicht gegliederte Volksschulen	
einschließlich Schulkindergärten	?
Hauptschulen	?
Realschulen	?
Gymnasien	?
Gesamtschulen	?
Sonderschulen für Lernbehinderte	?
übrige Sonderschulen einschließlich	
Sonderschulkindergärten	?
Kollegschulen	?

Setzt man diese Beträge ins Verhältnis zu den durchschnittlichen Kosten je Haupt- und Realschüler, so ergibt sich für Ganztagschulen die in Anlage 3 zu § 8 Abs. 4 festgelegte Staffel.

* Ermittlung noch nicht abgeschlossen (wird ergänzt)

* Ermittlung noch nicht abgeschlossen (wird ergänzt)

Der Schüleransatz selbst ist wegen der aktualisierten Schülerzahlen und Schulformen von 113 v. H. im Vorjahr auf nunmehr XXX v. H.¹⁰ für das Jahr 1997 zu ändern.

Durch entsprechende Vervielfältigung der Schülerzahlen (mit dem Faktor X,XX¹¹) wird erreicht, daß die Schulkosten bei der Bedarfsbestimmung im Schlüsselzuweisungssystem gleichgewichtig berücksichtigt werden.

Absatz 5 bis auf sprachliche Anpassungen und die Aktualisierung des Erfassungszeitraumes unverändert.

Absatz 6 bis auf die Aktualisierung des Stichtages unverändert.

Absatz 7 unverändert.

Zu § 9

Neben der Aktualisierung der Referenzperioden wird die letzte Stufe der Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen (Landtagsbeschuß vom 20.03.1996 - Drucksache 12/820 vom 11.03.1996 -) umgesetzt; danach werden erstmals einheitliche fiktive Hebesätze bei den Realsteuern zugrunde gelegt (siehe auch A 6).

In Absatz 2 Nr. 3 wird festgelegt, daß dem Anteil an der Einkommensteuer das im Zeitraum der Referenzperiode angefallene Aufkommen aus den Kompensationsleistungen für Verluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (als Steuerersatzleistung) hinzugerechnet und die im Referenzzeitraum geleisteten Abrechnungsbeträge abgezogen werden.

In Absatz 2 Nr. 4 ist der Vervielfältiger für den gesamten Referenzzeitraum einheitlich festgesetzt worden. Der Vervielfältiger setzt sich aus dem im Gemeindefinanzreformgesetz festgelegten allgemeinen Vervielfältiger für Bund und Länder, der Erhöhung zur Erbringung des kommunalen Anteils am bundesstaatlichen Finanzausgleich und der durch jährliche Verordnung des Bundesministers der Finanzen festgelegten Erhöhungszahl zur Erbringung des kommunalen Anteils an den Annuitätsleistungen zum Fonds "Deutsche Einheit" zusammen. Die Erhöhungszahl zur Erbringung des kommunalen Anteils an den Annuitätsleistungen zum Fonds "Deutsche Einheit" betrug 1996 und 1997 11 v.H., so daß für die gesamte Referenzperiode mit einem einheitlichen Vervielfältiger gerechnet werden kann.

¹⁰ Ermittlung noch nicht abgeschlossen (wird ergänzt)

¹¹ Ermittlung noch nicht abgeschlossen (wird ergänzt)

Zu § 10

Die Anpassungshilfen im Zusammenhang mit der Reform des kommunalen Finanzausgleichs werden 1998 letztmalig gewährt (Landtagsbeschluß vom 20.03.1996 - Drucksache 12/820 vom 11.03.1996 -). Die Vorschrift entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen (Paragraphen) und reduziertem Ansatz (Drittelausgleich) dem bisherigem § 20. Dem systematischen Aufbau des Gesetzes folgend ist die Vorschrift dem Unterabschnitt "Schlüsselzuweisungen der Gemeinden" zugeordnet worden (siehe auch A 7.2).

Zu § 11

Entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen (Paragraphen) dem bisherigem § 10.

Zu § 12

Entspricht bis auf sprachliche Anpassungen und dem aktualisiertem Schüleransatz (XXX v.H.)¹² bisherigem § 11.

Zu § 13

Entspricht bisherigem § 12.

Zu §§ 14 bis 16

Entsprechen bis auf redaktionelle Anpassungen (Paragraphen) im § 14 bisherigen §§ 13 bis 15.

Zu § 17

Entspricht bis auf sprachliche Anpassungen und aktualisierte Beträge bisherigem § 28. Dem systematischen Aufbau des Gesetzes folgend ist die Vorschrift dem Abschnitt "Allgemeine Zuweisungen" zugeordnet worden (siehe auch A 7.2).

Zu § 18

Entspricht bis auf Ansatzerhöhung (siehe auch A 7.1) bisherigem § 29. Dem systematischen Aufbau des Gesetzes folgend ist die Vorschrift dem Abschnitt "Allgemeine Zuweisungen" zugeordnet worden (siehe auch A 7.2).

Zu § 19

Mit dieser neuen Vorschrift soll über die Hilfen im Zusammenhang mit dem Strukturfonds hinaus den Erfordernissen, den Strukturwandel bzw. die Strukturanpassung finanziell stärker zu begleiten, entsprochen werden. Die Mittel stehen für pauschale Zuweisungen zu investiven Maßnahmen an Gemeinden mit

¹² Ermittlung noch nicht abgeschlossen (wird ergänzt)

- besonderen Belastungen aufgrund altindustrieller Monostrukturen (z. B. Kohle, Stahl) und
- strukturellen Anpassungserfordernissen aufgrund ökologischer und ökonomischer Besonderheiten im ländlichen Raum

zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen in A 6.2 hingewiesen.

Zu § 20

Die Vorschrift entspricht im wesentlichen den bisherigen §§ 16 (teilweise) und 17. Im Unterschied zum bisherigen § 16 beschränkt sie sich auf die im Gemeindefinanzierungsgesetz enumerativ aufgeführten Fördertatbestände und weist jeweils Förderhöchstbeträge aus. Dies dient der Übersichtlichkeit des Gesetzes (siehe auch A 7).

Die beim bisherigen § 16 Absatz 1 Nr. 8 als Übergangshilfe vorgesehenen Zuweisungen zum Ausgleich besonderer Härten, die sich aus der Berechnung der Schlüsselzuweisungen im Zusammenhang mit der Aufgabe militärischer Standorte der verbündeten Streitkräfte ergeben, entfallen.

Zu § 21

Die Vorschrift enthält den Teil des bisherigen § 16, der nicht in § 20 aufgegangen ist. Die Mittel stehen zur einmaligen Reaktion auf unerwartete, außergewöhnliche Bedarfe bzw. Belastungssituationen einzelner Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verfügung.

Zu § 22

Absatz 1 entspricht bis auf sprachliche Klarstellungen und aktualisierte Beträge bisherigem § 21.

Die bisher im Rahmen der Zuweisungen aus besonderem Anlaß (ehemaliger § 18) vorgesehene Unterstützung von Maßnahmen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf wird dem Förderbereich Stadterneuerung zugeordnet. Die Ergänzung der Vorschrift um den Absatz 2 trägt dem Rechnung.

Zu § 23

Leervorschrift

Zu § 24

Entspricht bis auf sprachliche Anpassungen und aktualisierte Beträge bisherigem § 22.

Zu § 25

Entspricht bis auf sprachliche Anpassungen bisherigem § 19. Dem systematischen Aufbau des Gesetzes folgend ist die Vorschrift den zweckgebundenen Zuwendungen zugeordnet worden (siehe auch A 7.2). Haushaltsrechtlich handelt es sich weiterhin um allgemeine Deckungsmittel.

Zu § 26

Entspricht bis auf sprachliche Anpassungen und aktualisierte Beträge bisherigem § 23.

Zu § 27

Entspricht bis auf sprachliche Anpassungen und aktualisierte Beträge bisherigem § 24.

Zu § 28

Entspricht bis auf sprachliche Anpassungen und aktualisierte Beträge bisherigem § 25.

Zu § 29

Entspricht bis auf die Höhe der zur Ausfinanzierung benötigten Mittel bisherigem § 26. (siehe auch A 5)

Zu § 30

Entspricht bis auf sprachliche Anpassungen und aktualisierte Beträge bisherigem § 27.

Zu § 31

Entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen und aktualisierte Beträge bisherigem § 42. Dem systematischen Aufbau des Gesetzes folgend ist die Vorschrift dem Abschnitt "Zuweisungen aus dem allgemeinen Steuerverbund" zugeordnet worden (siehe auch A 7).

Zu § 32

Entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen und aktualisierte Beträge bisherigem § 30.

Zu § 33

Entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen und aktualisierte Beträge bisherigem § 43. Dem systematischen Aufbau des Gesetzes folgend ist die Vorschrift dem Abschnitt "Zuweisungen ausserhalb des allgemeinen Steuerverbundes" zugeordnet worden (siehe auch A 7).

Zu § 34

Entspricht bis auf sprachliche Klarstellungen bisherigem § 31.

Zu § 35

Absatz 1 entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen bisherigem § 32.

Der bisherige Absatz 2 entfällt. Die Vorschrift wird in § 56 der Kreisordnung übernommen (siehe auch Begründung zu Artikel IV).

Der neue Absatz 2 entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen bisherigem Absatz 3.

Zu § 36

Entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen bisherigem § 33.

Zu § 37

Entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen bisherigem § 34.

Zu § 38

Entspricht bis auf sprachliche Klarstellungen im wesentlichen bisherigem § 35.

Absatz 1 stellt die Auskunftspflicht der Kommunen klar und regelt das Verfahren, wenn sie ihrer Auskunftspflicht nicht nachkommen (siehe auch A 7.1)

In Absatz 3 wird die anteilige Auszahlung zu den festgesetzten Terminen auf Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschalen beschränkt.

Absatz 4 sieht die Möglichkeit der Abschlagszahlung vor. (siehe auch A 7.1)

Mit Absatz 5 wird die Auszahlung der Anpassungshilfen nach § 10, der Mittel des Strukturfonds nach § 18 und der Mittel zur Begleitung des Strukturwandels und der Strukturanpassung nach § 19 geregelt.

Absatz 6 regelt das Verfahren der Festsetzung und Bescheiderteilung. (siehe auch A 7.1).

Absatz 7 enthält die Regelung des bisherigen § 35 Abs. 3 Satz 2.

Zu § 39

Absatz 1 entspricht grundsätzlich bisherigem § 36.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz sieht im Rahmen des allgemeinen Steuerverbundes inzwischen eine Vielzahl von Zuweisungen vor, deren Verteilung nicht oder nicht unmittelbar einwohnerbezogen erfolgt. Die Erweiterung der Berichtigungsvorschrift in Absatz 2 trägt dem Rechnung (siehe auch A 7.1).

Zu § 40

Entspricht bis auf sprachliche und redaktionelle Anpassungen (Paragraphen) bisherigem § 37.

Absatz 3 enthält eine der Rechtssituation angepasste Definition der Gebietsfläche. (siehe auch A 7.1)

Zu § 41

Entspricht bis auf sprachliche und redaktionelle Anpassungen (Paragraphen) bisherigem § 38.

Zu § 42

Entspricht bis auf redaktionelle Anpassungen bisherigem § 39.

Zu § 43

Entspricht bis redaktionelle Anpassungen (Paragraphen) bisherigem § 40.

In Absatz 1 werden zusätzlich die Voraussetzungen für die Gewährung einer Ausnahme gesetzlich festgelegt.

Die im bisherigen § 40 Abs. 3 vorgesehene Regelung entfällt.

Zu § 44

Entspricht bisherigem § 41.

Zu § 45

Entspricht bisherigem § 44.

Zu Artikel II

A. Allgemeines

1. Grundsätze der Beteiligung der Kommunen an den einigungsbedingten Lasten

- 1.1 Die Bewältigung der Deutschen Einheit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der auch die Kommunen ihren Beitrag leisten. Nach bundesgesetzlichen Bestimmungen sind die Kommunen in ihrer Gesamtheit gegenüber dem Land verpflichtet, entsprechend ihrer Finanzkraft einen kommunalen Anteil an den Finanzdaten mitzutragen.

Abgesehen von mittelbaren Wirkungen - wie zum Beispiel bei negativen Auswirkungen auf Steuereinnahmen - wirken sich folgende Komponenten direkt auf die kommunalen Haushalte aus:

- Beteiligung am Fonds "Deutsche Einheit" (FDE), der ab 1995 getilgt wird.
- Beteiligung an den Leistungen des Landes im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs (LFA).

- 1.2 Der Umfang der Beteiligung bemißt sich nach der Verteilung der Finanzkraft zwischen dem Land und den Kommunen insgesamt. Die Finanzkraft wird definiert mit den Anteilen an den Steuereinnahmen im Lande unter Berücksichtigung des an die Kommunen zu leistenden Steuerverbundes. Für 1998 entfallen auf das Land 58 v. H. und auf die Kommunen insgesamt 42 v. H..

2. Aufbringung des kommunalen Anteils an den einigungsbedingten Lasten

Die Kommunen erbringen ihren Mitfinanzierungsanteil, den Solidarbeitrag, entsprechend den bundesrechtlichen Bestimmungen über

- eine dem Land zustehende erhöhte Gewerbesteuerumlage und
- eine durch Landesrecht zu bestimmende ergänzende Leistung.

Das nordrhein-westfälische Gemeindefinanzierungsgesetz bestimmt, daß der kommunale Solidarbeitrag, soweit er nicht durch die Gewerbesteuerumlage erbracht wird, mit dem verbleibenden Restbetrag die Leistungen im Steuerbund mindert.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Leistungen des Landes zu den einigungsbedingten Lasten sowie die Ermittlung des kommunalen Solidarbeitrags und die dazu erbrachten kommunalen Leistungen dargestellt:

Landesleistungen		Kommunaler Solidarbeitrag		
		Anteil 42 v. H.	geleistet durch	
Mio. DM		Mio. DM	Gewerbe- steuer- umlage Mio. DM *)	Abzug Steuer- verbund Mio. DM
FDE	2.120,0	890,4	370,0	520,4
LFA	3.100,0	1.302,0	975,0	327,0
Summe	5.220,0	2.192,4	1.345,0	847,4

*) Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage
 FDE = 11 Punkte
 LFA = 29 Punkte

3. Ausgleich unterschiedlicher Belastungen der Gemeinden im Zusammenhang mit dem Solidarbeitrag

Die Gemeinden, nicht die Kreise und Landschaftsverbände als weitere Beteiligte am Steuerverbund, leisten erhöhte Gewerbesteuerumlage. Zusätzlich wirkt sich der Vorwegabzug im Steuerverbund automatisch anteilig auf die für die Gemeinden zur Verfügung stehende Schlüsselmasse aus. Beide Komponenten führen zu unterschiedlichen und eher zufälligen Belastungen der einzelnen Gemeinden. Deshalb ist das Land verpflichtet, dafür zu sorgen, daß jede Gemeinde einen Solidarbeitrag erbringt, der ihrer individuellen Finanzkraft entspricht. Mit dem Solidarbeitragsgesetz hat das Land ein interkommunales Ausgleichssystem geschaffen, das sich bewährt hat und auf große Akzeptanz bei den Kommunen stößt. Das Gesetz stellt sicher, daß jede Gemeinde ihren Anteil am Solidarbeitrag nur im Verhältnis der eigenen Finanzkraft zu der Finanzkraft der übrigen Gemeinden tragen muß.

3.1 Ermittlung des zwischen Gemeinden auszugleichenden Solidarbeitrags

Der Solidarbeitrag 1998 macht insgesamt 2.192,4 Mio. DM aus. Neben der Gewerbesteuerumlage tragen die Gemeinden den Minderbetrag im Steuerverbund, der auf die gemeindliche Schlüsselmasse entfällt. Die Berechnung des letztgenannten Teilbetrages erfolgt nach bisheriger Systematik. Die Berechnung des vorläufigen auszugleichenden Solidarbeitrages 1998 ist der nachfolgenden Darstellung zu entnehmen:

BERECHNUNG NACH DEM SOLIDARBEITRAGGESETZ 1998

<i>Ermittlung des interkommunal auszugl. Solidarbeitrages (§ 1 Abs. 2 SBG 1998)</i>		
A Berechnung der Verbundmassenminderung (§ 3 Abs. 3 SBG 1998)	Mio DM	
Minderung durch Vorwegabzug der Einheitslasten	847,40	
Verbundmassenminderung insgesamt	847,40	
B. Berechnung der Minderung der gemeindlichen Schlüsselmasse (§ 3 Abs. 2 SBG 1998)	Mio DM	v.H.
gemeindl. Schlüsselmasse nach GFG 1998	8.489,78	63,56
sonstige Zuweisungen nach GFG 1998	4.870,05	36,45
Gesamtzuweisungsvolumen nach GFG 1998 (§ 6, 16 bis 30 GFG)	13.359,83	100,00
Anteil gemeindl. Schlüsselmasse an Verbundmassenminderung zu A.	538,50	63,55
C. Berechnung des zwischen den Gemeinden auszugl. Solidarbeitrages (§ 1 Abs. 2 SBG 1998)	Mio DM	
Anteil der gemeindlichen Schlüsselmassenminderung nach B.	538,50	
erhöhte Gewerbesteuerumlage (11 v. H.)	370,00	
erhöhte Gewerbesteuerumlage (29 v. H.)	975,00	
ausgleichender Solidarbeitrag 1998	1.883,50	

4. Abrechnung und endgültige Festsetzung Solidarbeitrag 1996

Der Anteil der Gemeinden an den einigungsbedingten Lasten des Landes im Jahre 1996 betrug nach der Haushaltsrechnung des Landes 2.128,11 Mio. DM. Die Kommunen haben über die erhöhte Gewerbesteuerumlage und den Vorwegabzug im Steuerverbund 1996 insgesamt 1.916,05 Mio. DM erbracht. Die Differenz von 212,06 Mio. DM ist nachzuzahlen.

Die endgültige Berechnung und Festsetzung des auszugleichenden Solidarbeitrages 1996 sind der nachfolgenden Darstellung zu entnehmen:

Endgültige Berechnung Solidarbeitrag SBG 1996		
Berechnung des Solidarbeitrages 1996	Mio DM	
kommunaler Anteil am Fonds "Deutsche Einheit" (43 v. H. der Landesleistung - 2.145.384.980 DM -)	922,52	
kommunaler Anteil am bundesstaatlichen Finanzausgleich (43 v. H. bundesstaatlicher Finanzausgleich - 2.803.710.000 DM -)	1.205,60	
Solidarbeitrag insgesamt	2.128,11	
Ermittlung des interkommunal auszugl. Solidarbeitrages (§ 1 Abs. 2 SBG 1996)		
A. Berechnung der Verbundmassenminderung (§ 3 Abs. 3 SBG 1996)	Mio DM	
Minderung durch Vorwegabzug der Einheitslasten	670,10	
Verbundmassenminderung insgesamt	670,10	
B. Berechnung der Minderung der gemeindlichen Schlüsselmasse (§ 3 Abs. 2 SBG 1996)	Mio DM	v.H.
gemeindl. Schlüsselmasse nach GFG 1996	8.236,80	61,83
sonstige Zuweisungen nach GFG 1996	5.085,10	38,17
Gesamtzuweisungsvolumen nach GFG 1996 (§ 6 , 16 bis 30 GFG)	13.321,90	100,00
Anteil gemeindl. Schlüsselmasse an Verbundmassenminderung zu A.	414,32	61,83
C. Berechnung des zwischen den Gemeinden auszugl. Solidarbeitrages (§ 1 Abs. 2 SBG 1996)	Mio DM	
Anteil der gemeindlichen Schlüsselmassenminderung nach B.	414,32	
erhöhte Gewerbesteuerumlage FDE (tatsächliches Ergebnis)	342,68	
erhöhte Gewerbesteuerumlage LFA (tatsächliches Ergebnis)	903,28	
Abrechnung (1996 negativ/1998 § 4 Abs.2 SBG)	212,06	
auszugleichender Solidarbeitrag 1996	1.872,33	

B. Im Einzelnen**Zu § 1**

Bis auf die Volumensangaben, Stichtagsdaten und Anpassungen an das Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 unverändert.

In Absatz 7 wird die Bescheiderteilung gesetzlich festgelegt.

Zu § 2

Bis auf Stichtagsdaten und Anpassungen an das Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 unverändert.

Zu § 3

Bis auf die Stichtagsdaten und Anpassungen an das Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 unverändert.

Zu § 4

Bis auf die Stichtagsdaten und Anpassungen an das Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 unverändert.

Nach der Haushaltsrechnung des Landes für 1996 haben die Gemeinden im Rahmen der Finanzierungsbeteiligung zum Fonds "Deutsche Einheit" 212 057 900 DM zu wenig erbracht. Dieser Betrag wird mit der Neuberechnung und endgültigen Festsetzung des Solidarbeitrages berücksichtigt. (siehe auch A 3)

Zu § 5

Bis auf die Stichtagsdaten und Anpassungen an das Gemeindefinanzierungsgesetz 1998 unverändert.

Zu den Artikeln III bis VI**A. Allgemeines**

Die schwierigen Rahmenbedingungen haben dazu geführt, daß viele Gemeinden den vorgeschriebenen Haushaltsausgleich nicht mehr erreichen und deshalb zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sind. Da die Haushaltssatzung in diesen Fällen erst nach der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes bekanntgemacht werden darf, gelten bis dahin die Bestimmungen über die vorläufige Haushaltsführung. Erfahrungen in der Praxis haben aufgezeigt, daß vor allem in diesem Zusammenhang konkretisierende haushaltswirtschaftliche Regelungen erforderlich sind.

B. Im Einzelnen**Zu Artikel III - Änderung der Gemeindeordnung -****1. (§ 75)**

Die Vorschrift über das Haushaltssicherungskonzept enthält bisher keine ausdrückliche Festlegung, bis zu welchem Zeitpunkt der Haushaltsausgleich wiederherzustellen ist. Die Neufassung knüpft an die Regelungen für die fünfjährige Finanzplanung nach § 83 an und konkretisiert die Mindestanforderungen für die Genehmigungsfähigkeit eines Haushaltssicherungskonzeptes. Mindestvoraussetzung ist in jedem Falle, daß die Einnahmen die Ausgaben am Ende des Finanzplanungszeitraum wieder decken. Ausgenommen von dieser Zeitvorgabe wird die Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren. Aus der Zielbestimmung für das Haushaltssicherungskonzept in Abs. 4 Satz 2 - die Sicherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde - ergibt sich jedoch die Verpflichtung, daß auch diese schnellstmöglich abzubauen sind; sofern sich aus diesen Fehlbeträgen Risiken für die Dauerhaftigkeit des Haushaltsausgleichs abzeichnen, ist dem im Einzelfall durch Bedingungen und/oder Auflagen im Rahmen der Genehmigungserteilung Rechnung zu tragen.

Der bei der Neufassung von Absatz 4 weggefallene bisherige Satz 2 wird in § 23 Absatz 2 Gemeindehaushaltsverordnung übernommen.

Der neu angefügte Absatz 7 trägt dem Umstand Rechnung, daß die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung (§ 81) nicht auf solche Gemeinden zugeschnitten sind, die zur Aufstellung eines genehmigungsbedürftigen Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sind. Bei solchen Gemeinden kann die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes sich im Extremfall solange hinziehen, daß die Gemeinde ggf. bis zum Ende des Haushaltsjahres den Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung unterliegt. Für diesen Fall der "permanenten Übergangswirtschaft" haben sich die Regelvorschriften über die vorläufige Haushaltsführung als nicht ausreichend restriktiv und sachgerecht erwiesen. Zur Sicherung der notwendigen Konsolidierung umschreibt die Neufassung Inhalt, Zweck und Ausmaß einer Ermächtigung zum Erlaß einer Rechtsverordnung, in der weitergehende haushaltswirtschaftliche Beschränkungen für Gemeinden vor der Genehmigung eines Haushaltssicherungskonzeptes vorgesehen werden können. Durch Absatz 8 werden die Bestimmungen auch auf Gemeinden ausgedehnt, welche bis zum 1. April eines Haushaltsjahres keinen ausgeglichenen Haushalt beschlossen haben.

2. (§ 81 Absatz 2)

Die in Absatz 2 als Satz 2 eingefügte neue Regelung steht im Zusammenhang mit dem neuen § 75 Absatz 7 Nr. 2 und schafft die Voraussetzungen für die Beurteilung, ob eine Genehmigung für die Überschreitung des Kreditrahmens erteilt werden kann.

3. (§ 92 Abs. 3)

Im Falle der Automation der Kassengeschäfte und des Rechnungswesens sind die Programme vor ihrer Anwendung zu prüfen. Dies gehört zu den Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes. Den kreisangehörigen Gemeinden, die zur Einrichtung eines Rechnungsprüfungsamtes nicht verpflichtet sind, soll ermöglicht werden, die Programmprüfung durch andere fachlich geeignete Stellen (z.B. auch Rechnungsprüfungsämter anderer Gemeinden) durchführen zu lassen.

4. (§ 95 Abs. 4)

Redaktionelle Anpassung.

5. (§ 130 Abs. 2)

Redaktionelle Änderung zur Klarstellung des Anwendungsbereiches dieser Vorschrift.

Zu Artikel IV - Änderung der Kreisordnung -**(§ 56 Abs. 2)**

Zur Entfrachtung des Gemeindefinanzierungsgesetzes und aus Gründen des systematischen Zusammenhangs werden die Regelungen zur Zulässigkeit der Änderung des Umlagesatzes aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz herausgenommen und ohne inhaltliche Änderung in die Kreisordnung übernommen.

Zu Artikel V - Änderung der Landschaftsverbandsordnung -**(§ 22 Abs. 2)**

Vgl. Begründung zu Artikel IV.

Zu Artikel VI - Änderung des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet -

(§ 26)

Vgl. Begründung zu Artikel IV; im übrigen redaktionelle Anpassung.

Zu Artikel VI

Regelt das Inkrafttreten.

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
Einzelplan 03			
Innenministerium NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 871 01			
03 020	643 00	Zuwendungen zu den Kosten der Sorgepflichten für Kriegsgräber	17.555.000
03 030	633 20	Erstattung der Kosten für die zentralen Anlaufstellen zur Entgegennahme von Asylanträgen	37.000.000
03 030	643 10	Kostenpauschale nach § 4 FlüAG für ausl. Flüchtlinge i.S.v. § 2 Nr. 1 FlüAG	688.500.000
03 030	643 20	Kostenerstattung an die LV gem. § 5 Abs. 1 Nr. 1 FlüAG sowie an die Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 5 Abs. 2 FlüAG i.V.m. § 2 Nr. 1 FlüAG	38.700.000
03 030	643 40	Erstattung der Aufwendungen an Gemeinden für die Unterhaltung der Unterbringungsplätze, die Betreuung sowie die Leistungen an ausländische Flüchtlinge bei den zentralen Ausländerbehörden (ZAB)	17.500.000
03 310	643 00	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für Einbürgerungen	1.080.000
03 310	643 83	Kostenerstattung an den Träger der Sozialhilfe für seine Ausgaben für Be-wohner der Gemeinschaftsunterkünfte	11.000.000
03 710	643 00	Ersatz von Aufwendungen bei Teilnah-me von ehrenamtlichen Angehörigen öffentlicher Feuerwehren an Lehrgängen der zentralen Ausbildungsstätten des Landes gem. § 35 Abs. 2 FSHG	2.950.000
03 710	653 00	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Kosten des Feuerschutzes	130.000
03 710	684 00	Landeszuschuß für das Feuerweh- erholungsheim NW e.V. Bergneustadt	170.000
03 710	883 00	Zuwendungen an die Träger zur Förderung des Feuerschutzes	127.237.700
03 910	643 00	Erstattungen von Versorgungsbezügen für Polizeibeamte an die Gemeinden	2.100.000
03 910	647 00	Erstattungen von Versorgungsbezügen für Polizeibeamte an Zweckverbände	30.000
Einzelplan 05			
Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 896 03			
05 010	653 70	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Dialog über Denkschrift "Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft"	200.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
05 300	883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) für Unterrichtshilfen im Sonderschulbereich	40.000
05 300	653 70	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Silentien	850.000
05 300	653 80	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Schulversuche	3.246.000
05 310	653 10	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Grundschulen mit zusätzl. Betreuungsangebot von acht bis eins	21.780.000
05 360	653 00	Zuweisungen für die von anderen zu unterhaltenden öffentlichen Kollegs	180.000
05 390	633 00	Zuweisungen an die Landschaftsverbände gem. § 4 Schulfinanzgesetz (für Sonderschulen)	1 310 000
05 390	653 00	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Sonderschulen	1.583.000
05 390	653 10	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Sonderschulen mit zusätzl. Betreuungsangebot von acht bis eins	3.000.000
05 410	633 00	Zuweisungen an die Landschaftsverbände gem. § 4 Schulfinanzgesetz (für berufsbildende Schulen)	3.000.000
05 410	653 00	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Berufsschulen auf Grund von Verträgen	1.030.000
05 710	653 20	Zuweisungen für Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden	92 811.400
05 710	653 60	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Förderung schulabschlußbezogener Lehrgänge	5.940.000
05 710	653 70	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Förderung der Arbeitnehmerweiterbildung	333.000
05 910	643 00	Erstattungen von Versorgungsbezügen für Lehrer an die Gemeinden	200.000
Einzelplan 06			
Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 896 04			
06 151	633 10	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Stadt Bochum für die Mitbenutzung des Hallenbades Querenburg	477.500
06 540	633 10	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Stadt Köln	786.000
06 900	643 00	Erstattungen von Versorgungsbezügen an die Gemeinden	40.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
DM			
Einzelplan 07			
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 855 5			
07 020	653 10	Einmalige Zuweisungen an die LV Rheinland und Westfalen-Lippe (internatsmäßige Unterbringung behinderter Kinder)	4.757.000
07 030	653 65	Zuweisungen an Gem. (GV) für die Förderung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben und modellhafter arbeitsmarktpolitischer Projekte einschl. sozialer Betriebe	4.100.000
07 030	653 72	Zuweisungen an kommunale Träger zur ergänzenden Förderung von ABM	103.860.000
07 040	643 80	Erstattung von Verwaltungskosten an die Landschaftsverbände	267.000
07 040	853 80	Darlehen an komm. Träger für Baumaßnahmen soz. Einrichtungen u. zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen	400.000
07 040	883 80	Zuweisungen für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für soziale Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft	400.000
07 040	653 93	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern in der Altenhilfe (Landesaltenplan)	2.700.000
07 050	653 20	Zuweisungen für Fachberater in Tageseinrichtungen für Kinder und Einschulungshilfen für ausländische Kinder	2.061.000
07 050	653 60	Zuweisungen an öffentliche Träger für die Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe	17.789.000
07 050	653 61	Zuweisungen an Träger d. öffentl. Jugendhilfe für Förderungen der Jugendarbeit (Landesjugendplan)	36.512.000
07 050	653 64	Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung von Einrichtungen der Familienbildung nach den Vorschriften des Weiterbildungsgesetzes	905.800
07 050	653 80	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Betriebskosten für Tageseinrichtungen für Kinder	1.620.700.000
07 050	883 80	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionskosten für Tageseinrichtungen für Kinder	223.700.000
07 060	643 10	Kostenpauschale gemäß § 4 des FlüAG für den Personenkreis i. S. v. § 2 Nr. 2 und 3 des FlüAG	106.100.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
07 060	643 20	Kostenerstattung an die LV gem. § 5 Abs. 1 Nr. 2 des FlÜAG sowie an die Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 6 Abs. 5 FlÜAG	500.000
07 060	653 64	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer	4.290.000
07 060	643 70	Kostenpauschalen gemäß § 9 Abs 2 Landesaufnahmegesetz	131.000.000
07 070	883 60	Zuweisungen für Inv. an Landeskrankenhäuser, soweit nach dem KHG NW förderungsfähig	10.000.000
07 070	899 60	Zuweisungen für Inv. an kommunale Krankenhäuser	70.000.000
07 070	883 61	Zuweisungen für kurzfristige Anlagegüter an Landeskrankenhäuser, soweit nach dem KHG NW förderungsfähig	23.000.000
07 070	899 61	Zuweisungen für kurzfristige Anlagegüter an kommunale Krankenhäuser	120.000.000
07 070	653 62	Zuweisungen für Landeskrankenhäuser, soweit nach dem KHG NW förderungsfähig	6.500.000
07 070	689 62	Zuweisungen an kommunale Krankenhäuser	6.600.000
07 070	883 63	Zuweisungen für Einrichtungen des Rettungsdienstes	17.363.000
07 080	671 00	Anteilige Erstattung der Personalausgaben für das medizinisch-therapeutische Personal von Schulen für Körperbehinderte an die Landschaftsverbände	15.312.000
07 080	883 10	Zuweisungen für den Bau und die Einrichtung von Gesundheitsämtern	4.200.000
07 080	643 61	Erstattung von Personal- und Sachkosten für Prüfungen in Berufen des Gesundheitswesens	934.400
07 080	653 61	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Ausbildung von Medizinalpersonen an Lehranstalten, die nicht mit einem Krankenhaus verbunden sind	1.841.000
07 080	653 64	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur AIDS-Bekämpfung (Landesprogramm)	1.729.000
07 080	653 71	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Suchtbekämpfung	7.050.700
07 080	653 81	Zuweisungen für lfd Zwecke der Gesundheitshilfe und Gesundheitserziehung an Gemeinden (GV)	1.014.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
07 080	653 83	Zuweisungen für lfd. Zwecke der Psychiatrie an Gemeinden (GV)	1.470.000
07 080	883 85	Zuweisungen im Rahmen der Auffangkonzeption	20.000.000
07 080	653 90	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für laufende Zwecke der Seuchenbekämpfung	350.000
07 130	643 00	Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in Anstalten anderer Verwaltungen	185.300.000
07 130	883 41	Dezentralisierung des Maßregelvollzuges im Bereich des LV Westfalen-Lippe	8.500.000
07 130	883 50	Zuweisung an die LVe Rheinland und Westfalen-Lippe gem. § 22a Abs. 4 MRVG	6.682.100
07 510	643 00	Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe für seine Ausgaben für Bewohner der Landesstelle	3.600.000
Einzelplan 08			
Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 837 02			
08 020	633 00	Erstattung von Verwaltungskosten an Gemeinden (GV)	18.000
08 030	623 00	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	17.251.800
08 030	653 61	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) (Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen)	6.000.000
08 030	883 61	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) (Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen)	30.400.000
08 030	653 63	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm für Industrieregionen im Strukturwandel	800.000
08 030	883 63	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm für Industrieregionen im Strukturwandel	5.000.000
08 030	653 68	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) - Verbesserung der Ausbildungs-chancen benachteiligter Jugendlicher -	2.000.000
08 030	653 72	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	860.000
08 030	883 72	Zuweisungen für inv. an Gemeinden (GV) Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung	600.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
08 030	653 73	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung	600.000
08 030	883 73	Zuweisungen für Inv. an Gemeinden (GV) Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung	750.000
08 030	653 83	Förderung von örtlichen und regionalen wirtschaftspolitischen Initiativen	200.000
08 030	653 85	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) - Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk -	500.000
08 030	653 96	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm zur Förderung des Tourismus und zu seiner umwelt- und sozialverträglichen Weiterentwicklung in NRW	100.000
08 030	883 96	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm zur Förderung des Tourismus und zu seiner umwelt- und sozialverträglichen Weiterentwicklung in NRW	100.000
08 031	653 60	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm RESIDER - L -	3.000.000
08 031	883 60	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm RESIDER - L -	7.000.000
08 031	653 61	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm RESIDER - EU -	3.000.000
08 031	883 61	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm RESIDER - EU -	7.000.000
08 031	653 62	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm Ziel 2 - L -	22.500.000
08 031	883 62	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm Ziel 2 - L -	15.000.000
08 031	653 63	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm Ziel 2 - EU -	28.500.000
08 031	883 63	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm Ziel 2 - EU -	20.000.000
08 031	653 64	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm RECHAR - L -	2.000.000
08 031	883 64	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm RECHAR - L -	3.000.000
08 031	653 65	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm RECHAR - EU -	2.000.000
08 031	883 65	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm RECHAR - EU -	3.000.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
08 031	653 72	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm KONVER - L -	1.300.000
08 031	883 72	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm KONVER - L -	1.200.000
08 031	653 73	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm KONVER - EU -	1.300.000
08 031	883 73	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm KONVER - EU -	1.200.000
08 031	653 78	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm Ziel 5b - L -	1.000.000
08 031	883 78	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm Ziel 5b - L -	2.700.000
08 031	653 79	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) Programm Ziel 5b - EU -	1.000.000
08 031	883 79	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm Ziel 5b - EU -	1.500.000
08 035	653 60	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Aus- und Fortbildung im Medienbereich	100.000
08 060	883 61	Zuweisungen für Inv. an Gem. (GV) Programm Rationelle Energienutzung (REN- Programm/D)	300.000
08 060	891 61	Zuschüsse für Inv. an öffentliche Unternehmen Programm Rationelle Energienutzung (REN- Programm/D)	200.000
08 060	883 62	Zuweisungen für Inv. an Gem. (GV) Programm Rationelle Energienutzung (REN- Programm/KWK/FW-Programm)	1.400.000
08 060	891 62	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen Programm Rationelle Energienutzung (REN- Programm/KWK/FW-Programm)	8.000.000
08 060	653 67	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Aufstellung von Energiekonzepten	1.000.000
08 080	429 80	Erstattung von Personalkosten an die LV für die Ausbildung der Referendare im Bereich 'Straßenwesen'	1.000.000
08 080	547 80	Erstattung sächlicher Verwaltungskosten an die LV für die Ausbildung der Referendare im Bereich 'Straßenwesen'	77.600
08 081	671 20	Erstattungen zum Ausgleich gemeinwirt- schaftlicher Leistungen der Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs	422.000.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
08 081	653 61	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV), darunter: gem. § 14 Abs. 2 Regionalisie- rungsgesetz für den Verkehrsverbund Rhein- Ruhr (VRS)	31.400.000
08 081	657 61	Sonstige Zuweisungen an den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRS)	32.940.000
08 081	682 61	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Unternehmen (VRS) und Geschäftsstelle der Zweckverbände	4.200.000
08 081	887 61	Zuweisungen für Investitionen an die Zweckverbände Verkehrsverbund Rhein- Ruhr und Aachener Verkehrsverbund	45.860.000
08 081	891 62	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (nicht-bundeseigene Eisen- bahnen)	12.000.000
08 081	883 65	Zuweisungen für Inv. an Gem. (GV) für Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV	50.000.000
08 081	891 65	Zuschüsse für Inv. an öffentl. Unternehmen für Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV	40.000.000
08 081	883 66	Zuweisungen für Inv. an Gem. (GV) aus Finanzhilfen des Bundes nach dem GVFG für bauliche Maßnahmen zur Verbesse-rung des ÖPNV (GVFG-Landesprogramm)	150.000.000
08 081	891 66	Zuschüsse für Inv. an öffentliche Unternehmen aus Finanzhilfen des Bundes nach dem GVFG für bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV (GVFG- Landesprogramm)	108.710.000
08 081	883 68	Zuweisungen für Inv. an Gem. (GV) aus Finanzhilfen des Bundes nach dem GVFG für bauliche Maßnahmen zur Verbesse-rung des ÖPNV (GVFG-Bundesprogramm)	55.000.000
08 081	891 68	Zuschüsse für Inv. an öffentliche Unternehmen aus Finanzhilfen des Bundes nach dem GVFG für bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV (GVFG- Bundesprogramm)	42.860.000
08 081	883 69	Zuweisungen für Inv. an Gem. (GV) für Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen nach § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetz	200.000
08 081	891 69	Zuschüsse zu Investitionen an öffentliche Unternehmen für Eisenbahnkreuzungs- maßnahmen nach §17 Eisenbahnkreuzungsgesetz	1.000.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998 DM
08 081	682 70	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Unternehmen (nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen) zur Abgeltung betriebsfremder Lasten	12.550.000
08 081	657 71	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände (Betriebskostenförderung SPNV)	1.217.530.000
08 081	891 72	Zuschüsse für Inv. an Gem. (GV) nach § 12 Abs. 2 Sätze 1 u. 2 Regionalisierungs-gesetz NRW für komm. Infrastruktur-maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV	193.000.000
08 081	883 72	Zuschüsse für inv. öff. Unternehmen nach § 12 Abs. 2 Sätze 1 u. 2 Regionalisie-rungsgesetz NRW für komm. Infrastrukturm-aßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV	148.480.000
08 081	883 73	Zuschüsse für inv. an Gem. (GV) nach § 13 Regionalisierungsgesetz NRW - Vorhaltekosten für Fahrzeuge -	102.070.000
08 081	891 73	Zuschüsse für Inv. an Zweckverbände nach § 13 Regionalisierungsgesetz NRW - Vorhaltekosten für Fahrzeuge -	102.070.000
08 081	891 74	Zuschüsse für inv. an öffentl. Unter-nehmen für bauliche Maßnahmen nach §12 Abs.2 Satz 4 und §12 Abs. 3 RegGNW sowie im Rahmen der Fahrzeugförderung aus Regionalisierungsmitteln des Bundes	167.030.000
08 081	653 76	Sonstige Zuweisungen an Gem. (GV) gem. §14 Abs. 2 Regionalisierungs-gesetz NRW zur allgemeinen Förderung der Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV	36.100.000
08 081	657 76	Sonstige Zuweisungen an Zweckver-bände gem. § 14 Abs. 2 Regionali-sierungsgesetz NRW zur allgemeinen Förderung der Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV	9.000.000
08 081	653 80	Sonstige Zuweisungen an Gem. (GV) zur Förderung der Sicherheit und des Service im ÖPNV	3.000.000
08 081	657 80	Sonstige Zuweisungen an Zweckver-bände zur Förderung der Sicherheit und des Service im ÖPNV	13.500.000
08 081	682 80	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentl. Unter-nehmen zur Förderung der Sicherheit und des Service im ÖPNV	13.500.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
08 082	887 61	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände für Ausbau und Erneuerung von Flugplätzen	800.000
08 082	891 61	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Ausbau und Erneuerung von Flugplätzen)	1.800.000
08 082	887 63	Zuschüsse für Investitionen an Zweckverbände (Ausbau und Erneuerung von Flugplätzen)	720.000
08 082	891 63	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Maßnahmen zur Verbesserung der Flugsicherheit und zur Wahrnehmung der Luftaufsicht)	500.000
08 082	682 67	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Unternehmen (Flughafen Essen-Mülheim)	280.000
08 082	891 67	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen (Flughafen Essen-Mülheim)	120.000
08 084	653 10	Zuweisungen an LV für Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (einschl. Planung) bei Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen	140.000.000
08 084	653 20	Zuweisungen an LV für betriebliche Unterhaltung der Landesstraßen in der Baulast der LV	139.321 000
08 084	883 11	Zuschüsse an LV für Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen	55.000.000
08 084	883 12	Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Mio DM Gesamtkosten je Maßnahme	41.000.000
08 084	883 13	Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans	130.000.000
08 084	883 16	Kostenbeiträge des Landes für Maßnahmen an Bahnübergängen nach § 3 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes	5.500.000
08 084	883 18	Radwegebau an bestehenden Landesstraßen	10.000.000
08 084	653 70	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Maßnahmen zur Sicherheit im Straßenverkehr	1.000.000
08 084	883 70	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden (GV) für Maßnahmen zur Sicherheit im Straßenverkehr	100.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
Einzelplan 10			
Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 4566 0			
10 020	633 00	Verwaltungskostenerstattung an Gem. (GV) für Informationen über die Umwelt an Dritte	600.000.
10 020	883 17	Bundesgartenschau Gelsenkirchen 1997	1.000.000
10 020	883 18	Landesgartenschau Jülich 1998	4.000.000
10 020	883 19	Landesgartenschau Oberhausen 1999	5.000.000
10 020	883 20	Landesgartenschau 2000	2.000.000
10 020	883 21	Landesgartenschau 2001	1.000.000
10 020	653 61	Verwendung der Reitabgabe als Ersatzleistung an Gemeinden (GV)	45.000
10 020	883 61	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu Verwendung der Reitabgabe	640.000
10 020	853 65	Darlehen an Gemeinden (GV) für Kleingärten	500.000
10 020	883 65	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Kleingärten	1.400.000
10 020	653 66	Zuweisungen an Gemeinden (GV) ökologische Stadt / ökologisches Dorf	800.000
10 020	883 66	Zuweisungen an Gemeinden (GV) ökologische Stadt / ökologisches Dorf	800.000
10 020	633 71	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für Lebendtier- untersuchungen im EG-Handel	50.000
10 030	653 75	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Forstwirtschaft	500.000
10 030	653 82	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Landschaftsplanung und zu Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes	6.000.000
10 030	657 82	Zuweisungen für Zweckverbände für Maß- nahmen und Einrichtungen in Naturparken und bevorzugten Erholungsgebieten	2.300.000
10 030	681 82	Entschädigungen und sonstige Leistungen an Gemeinden (GV) für Naturschutz und Landschaftspflege	7.000.000
10 030	883 82	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) für die Landschaftspflege und den Naturschutz	17.000.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
10 040	633 00	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für Sachausgaben im Rahmen der 2. Staatsprüfung der Lebensmittelchemiker und die Untersuchung von Zollweinproben	25.000
10 050	657 00	Verwendung des Aufkommens für die Lizenzerteilung zur Entsorgung ausgeschlossener Abfälle	47.500.000
10 050	883 20	Zuweisungen für Maßnahmen des Bodenschutzes	1.500.000
10 050	887 20	Zuweisungen für die Entschlammung von Seen	1.000.000
10 050	883 65	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur naturnahen Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung	9.000.000
10 050	887 65	Zuweisungen an Zweckverbände zur naturnahen Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung	6.000.000
10 050	883 66	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für naturnahen Wasserbau und Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz und wasserwirtschaftliche Vorarbeiten	14.800.000
10 050	887 66	Zuweisungen an Zweckverbände für naturnahen Wasserbau und Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz und wasserwirtschaftliche Vorarbeiten	15.100.000
10 050	887 68	Zuweisungen an Zweckverbände für Abwassermaßnahmen	46.000.000
10 050	887 69	Zuweisungen an Zweckverbände für Talsperren	7.000.000
10 050	661 71	Schuldendiensthilfen zur Bildung von Kreditplafonds zur Verwendung der Abwasserabgabe	86.200.000
10 050	853 71	Darlehen an Gemeinden (GV) zur Verwendung der Abwasserabgabe	39.300.000
10 050	857 71	Darlehen an Zweckverbände zur Verwendung der Abwasserabgabe	4.000.000
10 050	861 71	Darlehen an öffentliche Unternehmen zur Verwendung der Abwasserabgabe	1.500.000
10 050	883 71	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Verwendung der Abwasserabgabe	8.000.000
10 050	887 71	Zuweisungen an Zweckverbände zur Verwendung der Abwasserabgabe	3.000.000
10 050	891 71	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Verwendung der Abwasserabgabe	4.600.000

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998 DM
10 050	883 75	Zuweisungen an Gem. (GV) für Abfallverwertungs- und -beseitigungsanlagen	5 000.000
10 060	633 00	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für Immissionsschutz	4 000.000
10 080	857 62	Darlehn an Zweckverbände im Bereich Flurerneuerung	400.000
10 080	883 62	Zuweisungen an Gemeinden (GV) im Bereich Flurbereinigung	500.000
10 080	887 62	Zuweisungen an Zweckverbände im Bereich Flurerneuerung	20.900.000
10 080	883 63	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Dorferneuerung	11 000.000
10 080	883 66	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für naturnahen Wasserbau und Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz und wasserwirtschaftliche Vorarbeiten	18 043.000
10 080	887 66	Zuweisungen an Zweckverbände für naturnahen Wasserbau und Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz und wasserwirtschaftliche Vorarbeiten	31.000.000
10 080	653 67	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Forstwirtschaft	1.700.000
10 090	883 10	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) zur Förderung der Ziel 5b-Gebiete -EG-Mittel-	3.000.000
10 090	887 62	Zuweisungen an Zweckverbände im Bereich Flurbereinigung -EG-Mittel-	2 500.000
10 120	633 00	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für Schwemmselbeseitigung in Gewässern 1. Ordnung	200.000
10 120	633 10	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden für Proben nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz	10.000
10 260	653 00	Zuweisung an den Kreis Siegen - Wittgenstein als Träger des Jugendwaldheimes	400.000
10 410	633 00	Verwaltungskostenerstattung an Gem. (GV) für Sachverständigentätigkeiten in Gremien des Landes	10.000

Einzelplan 11

Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 837 05

11 030	653 80	Regionalstellen "Frau und Beruf" Sonstige Zuweisungen an Gem. (GV)	5 750.000
--------	--------	---	-----------

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM

11 030	684 11	Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben der Zufluchtstätten für sexuell mißbrauchte Kinder und Jugendliche	200.000
--------	--------	--	---------

Einzelplan 12**Finanzministerium NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 4972 0**

12 050	633 00	Erstattung von Verwaltungsausgaben für Bodengrabarbeiten zur Durchführung von Nachschätzungen nach dem BodenSchätzG	30 000
--------	--------	---	--------

Einzelplan 14**Ministerium für Bauen und Wohnen NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 3843 0**

14 040	883 71	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Planungen und Wettbewerbe zur Förderung von Innovationen im Bereich von Bauen und Wohnen	140.000
--------	--------	--	---------

14 090	883 00	Zuweisungen für Invest. an Gemeinden (GV) Programm Rationelle Energienutzung (REN-Programm/B)	1.000.000
--------	--------	---	-----------

14 090	891 00	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen Programm Rationelle Energienutzung (REN-Programm/B)	2.000.000
--------	--------	--	-----------

Einzelplan 15**Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 8618 50**

15 040	821 10	Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen	30.200.000
--------	--------	---	------------

15 040	883 10	Finanzhilfen des Bundes für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	25.000.000
--------	--------	--	------------

15 040	883 14	Zuweisungen aus Bundesfinanzhilfen nach dem GVFG für Straßenbaumaßnahmen, Vorhaben des straßenbezogenen ÖPNV und Fahrradstationen der Gem. und Kreise	261.800.000
--------	--------	---	-------------

15 040	883 15	Zuweisungen an die Gem. und Kreise für Inv im Bereich des kommunalen Straßenbaus, des straßenbezogenen ÖPNV und Fahrradstationen nach dem GVFG und nach § 5a FStrG	28.200.000
--------	--------	--	------------

15 040	883 17	Zuweisungen an die Gem. (GV) für Vorhaben des kommunalen Radwegebaus an kommunalen und überörtlichen Straßen und für Lärmschutzmaßnahmen an kommunalen Straßen	29.900.000
--------	--------	--	------------

15 040	883 20	Zuwendungen des Bundes für den experimentellen Städtebau	223.000
--------	--------	--	---------

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
15 040	883 40	Zuweisungen für die Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Maßnahmen im Ruhrgebiet -Abwicklung-	2.000.000
15 040	883 50	Zuweisungen für Inv. an Gem. (GV) i.R.d. "Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN)" - EU-Anteil -	3.900.000
15 040	883 51	Zuweisungen für Inv. an Gem. (GV) i.R.d. "Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN)" - Landesanteil -	3.105.000
15 070	653 30	Zuweisungen an den Zweckverband Weser-Renaissance-Museum, Lemgo-Brake	800.000
15 070	883 60	Zuweisungen für Inv. an Gem. (GV) zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes	5.480.000
15 750	653 63	Zuweisungen an die Stadt Köln und an den Landschaftsverband Rheinland für die Sicherungsverfilmung kommunalen Archivguts	60.000
15 780	653 60	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Förderung des Bibliothekwesens	3.260.000
15 760	883 60	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Einrichtung von öffentlichen Büchereien	400.000
15 810	653 60	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) insbesondere zur Unterhaltung von Leistungszentren und Olympiastützpunkten	64.000
15 820	653 10	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit	2.850.000
15 820	653 60	Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste	9.250.000
15 820	653 70	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Förderung von Zwecken der bildenden Kunst	595.000
15 820	883 70	Zuweisungen an die Träger öffentlicher Museen und Kunstsammlungen für den Ankauf von Werken bildender Kunst	500.000
15 820	883 80	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für den Ankauf wertvoller literarischer Sammelobjekte	40.000
15 820	653 90	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) für allgemeine Kulturförderung und internationalen Kulturaustausch	1.000.000
15 820	883 92	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) zur Förderung kultureller Einrichtungen und Projekte	100.000
106			

**Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
nach Maßgabe des Landeshaushalts 1998**

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1998
			DM
15 820	685 97	Sonstige Zuschüsse für Regionale Kulturförderung (Deckung mit Titel 653 97 und 883 97)	12.565.000
15 820	653 98	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Förderung der Kunst und Kultur der Frauen	50.000
15 830	653 60	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Filmförderung	1.190.000
15 830	653 80	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Theaterförderung	31.741.000
15 830	883 60	Zuweisungen für Inv. an Gemeinden (GV) für die Filmförderung	48.000
Einzelplan 20			
Finanzministerium NRW, 40190 Düsseldorf, Tel.: (0211) 4972 0			
20 020	636 00	Verwaltungskostenbeiträge des Landes an die Rheinische und Westfälisch- Lippische Versorgungskasse	900 000
20 020	653 61	Zuweisungen an die Spielbankgemeinden Aachen und Bad Oeynhausen aus Mitteln der Spielbankabgabe	11 550.000
20 020	653 62	Zuweisungen an die Spielbankgemeinde Dortmund aus Mitteln der Spielbankabgabe	20.700.000
20 030	684 00	Abgeltung von Kirchenbaulasten	6.500.000
20 610	671 20	Verwaltungskosten für die von der WestLB verwalteten Darlehen an die Gemeinden (GV) für den Bau von Obdachlosenunterkünften	5.000
20 900	643 00	Erstattungen von Versorgungsbezügen für Landesbeamte an die Gemeinden	1 300.000
20 900	647 00	Erstattungen von Versorgungsbezügen für Landesbeamte an Zweckverbände	600.000
			<u>8.545.665.000</u>